

60 Pf.

Die Redaktion  
grüßt alle Leser  
zum 1. Mai 1976

14

3. Jahrgang

ARTIKEL ÜBER:

- Jusos
- Massenentlassungen
- Spanien (Augenzeugenbericht)
- Angola
- Karneval
- Mitbestimmung und Deutschland 1917 bis 1933

MITBESTIMMUNG

Ausführlicher Artikel  
Seiten 4 und 5

# NEIN ZUM LOHNVERZICHT

von einem  
IG Metall-  
Vertrauensmann

In den Betrieben der Bundesrepublik ist es anlässlich der Tarifrunde 1976 wieder unruhig geworden. In den ersten Monaten des Jahres legten viele Hunderttausende Arbeiter und Angestellte im ganzen Land aus Protest gegen die niedrigen Angebote der Unternehmer die Arbeit nieder.

Diese offensichtliche Kampfbereitschaft übertraf bereits bis im Februar bei weitem das Ausmaß der Arbeitskämpfe des Vorjahres: 1975 waren insgesamt 35 800 Arbeiter im Ausstand und wurden 68 700 Streiktage verloren. Für viele Arbeiter war das Maß voll, nachdem sie bereits in der Lohnrunde '75 den Gürtel enger geschnallt und zum Teil spürbare Einbußen im Realeinkommen noch hingenommen hatten.

Vor einem Jahr hatten die Unternehmerverbände eine Zurückhaltung in den Lohnforderungen für unabdingbar erklärt, falls Aufschwung und Arbeitsplätze gesichert werden sollten. Dementsprechend haben auch die Gewerkschaftsführer sich bemüht, keine hohen Forderungen zu stellen.

Jetzt ist das Jahr vorüber, aber immer noch kommen die Arbeitgeber mit den gleichen Klamotten an: Die Löhne dürften nur viel weniger steigen als die Unternehmergewinne, damit die Unternehmer wieder investieren könnten, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. DOCH DIE ERFAHRUNG DER LETZTEN MONATE HAT GEZEIGT, DASS DIES EIN MÄRCHEN IST.

Die Arbeitslosigkeit ist auf neue Rekordhöhen geklettert, es wurde vorwiegend rationalisiert, in den nächsten Jahren wird die durchschnittliche Arbeitslosigkeit nicht unter eine Million sinken.

## Inflation

Kaum verändert hat sich unterdessen die Preissteigerungsrate. Die Preise für manche Lebensmittel stiegen sogar beträchtlich an: So stiegen im Februar 1976 die Preise gegenüber Februar 1975 folgendermaßen:

|                      |         |
|----------------------|---------|
| KARTOFFELN.....      | 171,6 % |
| GEMÜSE.....          | 22,1 %  |
| SCHWEINEFLEISCH..... | 14,1 %  |
| LINDFLEISCH.....     | 11,2 %  |
| BUTTER.....          | 8,3 %   |
| FLEISCHWAREN.....    | 7,3 %   |

Auch aus anderen Wirtschaftsbereichen, besonders der Automobilbranche, wurden neue Preiserhöhungen gemeldet. Leichtes Heizöl war im Januar 1976 um 18 Prozent teurer als im Januar 1975.

Gleichzeitig wiederholten die Industriellenverbände, die bürgerlichen Zeitungen, die "Sachverständigen" und der "Friede" das alte Lied: Im

die "Löhne und Gehälter im zweiten Halbjahr 1975 gegenüber den vorangegangenen sechs Monaten um 2,5 Prozent gestiegen sind" (!), und gleichzeitig "hat das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen...um 8 Prozent zugenommen..."

## Gewinne

1976 soll es für die Bosse noch rosiger aussehen: Die Bundesregierung errechnete, daß die Gewinne doppelt so stark steigen werden wie die Löhne und Gehälter. Andere "Sachverständige" in der Bundeshauptstadt hatten sogar eine viermal so hohe Gewinnsteigerung gegenüber der Lohnwachstumsprognose. Nach Auskunft des Gewerkschaftsinstituts WSI werden die Nettolöhne um 3,5 Prozent, die Gewinne um 18 Prozent ansteigen. Gleichzeitig ist mit einer Steigerung der Produktivität pro Arbeitsstunde um 4 Prozent und einer Steigerung der effektiven Arbeitszeit um 1,5 Prozent zu rechnen. Worauf dies hinausläuft, das dürfte wohl jedem klar sein:

Der Aufschwung wird ein Aufschwung für die Taschen der Unternehmer, nicht für die knappen Geldbeutel der Arbeiter und Angestellten.

Es ist verständlich, daß angesichts solcher Aussichten in Hunderten von Betrieben den Kollegen der Geduldssaden riß. In Bad Nauheim und Freudenberg, wo regionale Tarifverhandlungen für die Metallbranche stattfanden, wurde gestreikt und demonstriert.

Bei Opel in Rüsselsheim legten 5000 die Arbeit nieder. In Köln traten 10 000 Beschäftigte bei Klöckner Humboldt Deutz in den Warnstreik. Am selben Tag forderten 1000 Vertrauensleute in einer Kundgebung eine Sicherung der Reallöhne.

In Bayern streikten allein an einem Tag 18 000 Arbeiter für eine Stunde. In Frankfurt und Rüsselsheim forderten Postler und Stadtbedienstete "135 DM für alle!". In Stuttgart dauerte der Streik von 250 Arbeitern der Druckfarbenfabrik Kast & Elinger 6 Tage lang, bis die Firmenleitung sich an den Verhandlungstisch setzte. Die Arbeiter hatten 50 Pfennig mehr pro Stunde gefordert.

In vielen Bezirken mußten die Tarifverhandlungen abgebrochen werden, weil die Unternehmenseite nicht bereit war, über das skandalöse Angebot von 4 Prozent hinauszugehen. Als eine Provokation bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der Postgewerkschaft, Gustav Fehrenbach, das Angebot von 3,9 Prozent im öffentlichen Dienst.

Die bürgerliche Presse wiederum empörte sich über die Forderung nach einem Inflationsausgleich, und die FAZ bezeichnete sogar die Forderung von 9 Prozent in der Druckindustrie als ein "lohnpolitisches Trauerspiel". Jeder Arbeiter kann sich ausrechnen, daß selbst eine Lohnerhöhung um 8,5 Prozent, wie es die IG Metall offiziell gefordert hatte, noch nicht ausreichen würde, um den Inflationsverlust, die gestiegenen Steuern und Sozialabgaben und die höhere Einstufung in der Lohnsteuertabelle auszugleichen.

Noch viel weniger werden die ausgehandelten 5,4 Prozent den bereits angegriffenen Lebensstandard erhalten. In der Großen Tarifkommission Nordwürttemberg/Nordbaden gab es dann auch eine heftig geführte Debatte über das Verhandlungsergebnis, bis schließlich eine Mehrheit die 5,4 Prozent Regelung einschließlich eines zusätzlichen Urlaubstages und einer Zahlung von 330,- DM billigte.

In den letzten Monaten waren auch die übertariflichen Zuschläge abgebaut worden, so daß bestenfalls insgesamt eine Lohnerhöhung von 10 bis 12 Prozent ausreichen würde, um das Realeinkommen zu halten.

Während der Tarifverhandlungen wurden allein aus Nordrhein-Westfalen täglich aus zehn bis zwanzig Betrieben einstün-



dige Arbeitsniederlegungen gemeldet. Diese Kampfbereitschaft zeigt, wie die Arbeiter immer weniger bereit sind, die Suppe für ein System auszulöffeln, in dem sie ohnehin nichts zu sagen haben. Und die Warnstreiks landauf landab haben auch gezeigt, wie stark die organisierte Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik ist. Aber die entscheidende Schwäche dieser Streiks lag darin, daß sie lokale Streiks blieben und daß die Kraft der Hunderttausenden nicht konzentriert und aufeinander abgestimmt von einer entschlossenen Führung eingesetzt wurde, um den Bossen zumindest einen Inflationsausgleich abzurufen.

## Lehren

Daraus müssen wir Lehren für die kommenden Monate und Jahre ziehen. In Zukunft müssen die Lohnforderungen und Kampfmaßnahmen auf breiter Ebene in den Betrieben von allen Gewerkschaftsmitgliedern diskutiert werden, so daß dann die zustandekommende zentrale Forderung wirklich die Stimmung der Gewerkschafter zum Ausdruck bringt. weiter S.8

# ARBEIT ODER VOLLER LOHN



Inzwischen reden alle vom Aufschwung - nur ist von dem spürbaren und dauerhaften Rückgang der Arbeitslosigkeit nichts zu merken. Im Gegenteil.. Die Bundesanstalt für Arbeit rechnet nicht damit, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit des Jahres 1976 wesentlich unter der des Jahres 1975 (1,074 Millionen) liegen wird.

Erst bis 1980, so die Anstalt, sei eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von "nur" 2,5 bis 3 Prozent denkbar. Doch bis dahin kommt eine ständig ansteigende Jugendarbeitslosigkeit (bis zu einer Million) und die bedrohlich wachsende Erwerbslosigkeit hinzu. (Quelle: "Die Zeit", 12. April 1976)

Die Bundesregierung hat im Januar 1976 ein "Wachstumsziel" für 1976 an den Vorjahreswert von 1,9 Prozent gebunden. Das heißt, die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Produktion im Jahr 1976 um 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu steigern. Das ist ein Ziel, das konvergieren zu be-

winnsteigerungen, damit zu Investitionen und neuen Arbeitsplätzen von morgen führe, ist widerlegt.

1970 gaben 55 Prozent der Unternehmen als Hauptziel der Investitionen Erweiterung an, 1975 nur noch 28 Prozent. Der Anteil der Unternehmen, die hauptsächlich rationalisierten, stieg von 34 Prozent auf 46 Prozent! 11 Prozent investierten 1970 vorwiegend, um alte Maschinen durch neue zu ersetzen, 1975 waren dies bereits 26 Prozent! Also investierten im vergangenen Jahr drei Viertel der Unternehmen nicht, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um die Zahl abzubauen! Selbst Wirtschaftsminister Friderichs gab in seinem Jahreswirtschaftsbericht 1976 zu, daß es im Interesse der Kapitalisten liegt, Arbeitsplätze abzubauen: "Auch die Rationalisierungsinvestitionen sind notwendig, wenn wir die internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten und weiter verbessern wollen".

Aber auch in den anderen kapitalistischen Ländern hatten die Arbeiter wenig Grund zur Freude. In den wichtigsten europäischen Ländern und den USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland ist die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr um 5 Millionen auf insgesamt 18 Millionen angestiegen. 41 Prozent der Arbeitslosen waren jünger als 25 Jahre! (Fortsetzung Rückseite)

Der Vormittag begann mit Zusammenstößen zwischen der bewaffneten Polizei und Streikposten an den Fabriken, nachdem Betrieb um Betrieb von der Streikwelle erfasst wurde. Die Arbeiter streikten aus Solidarität mit entlassenen und eingesperrten Kollegen.

Um neun Uhr versammelten sich große Gruppen von Hausfrauen mit leeren Einkaufstaschen in der Stadtmitte. Sie sorgten dafür, daß binnen weniger Stunden das Stadtzentrum wie eine Geisterstadt aussah und 90 Prozent der Geschäfte und Kneipen geschlossen waren. Während der ganzen Streikbewegung und vor allem an jenem Tag entfaltet die Frauen Vitorias fast noch mehr Energie und Kampfkraft als ihre Männer.

Um 10 Uhr setzten sich große Gruppen von Arbeitern von den Fabriken am Stadtrand in Richtung Stadtzentrum in Bewegung. Mit Würde und eiserner Disziplin marschierten sie an Gruppen bewaffneter Polizisten vorbei, die zu diesem Zeitpunkt lediglich die Bewegung beobachteten. Eine Gruppe von etwa 1000 Arbeitern ging durch die Hauptstraße, wobei sie immer wieder riefen: "Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter!" - "Wir sind Arbeiter - kommt und marschier mit uns!" Und so schlossen sich herumstehende, meistens junge Arbeiter, dem Zug an. Aus 1000 wurden 1500, dann 2000, die mitmarschierten. Der Verkehr war total lahmgelegt.



Alles wartet auf das Aufheulen von Polizeisirenen. Aber die Polizei weiß nicht, wo sie zuerst eingreifen soll. Denn sobald sie einen Brand in einer Ecke der Stadt gelöscht hat, flammen zwei neue Brände in anderen Bezirken auf.

Die "Ordnungskräfte" kämpfen gegen etwas nicht greifbares, eine gestaltlose Masse, die nur Gestalt annimmt, um die Polizei zu provozieren, die aber dann wiederum verschwindet, wenn die Polizei mit Gummiknüppeln und Tränengas auftaucht.

Polizisten rannten sich der Richtung der Polizeisirenen. Die Demonstrationsteilnehmer rennen in die Seitenstraßen. Als sich die letzten verdrückt haben, kommt die Polizei mit drei Landrovern und einem Gefängnisbus mit Blaulicht angefahren. Die Bereitschaftspolizei springt heraus - mit Stahlhelmen und schweren Stiefeln - und sucht nach ihren Opfern. Sie schlugen mit ihren Gummiknüppeln auf vorbeifahrende Autos ein, die nicht schnell genug fahren. Dann versuchen sie, an die Türen der Mietwohnungen der umliegenden Straßen zu klopfen - aber vergebens, niemand wird ihnen öffnen. Sie kehren zu ihren Fahrzeugen zurück und fluchen. Ein unsichtbarer Feind verärgert sie.

## SPANIEN EIN AUGENZEUGE BERICHTET

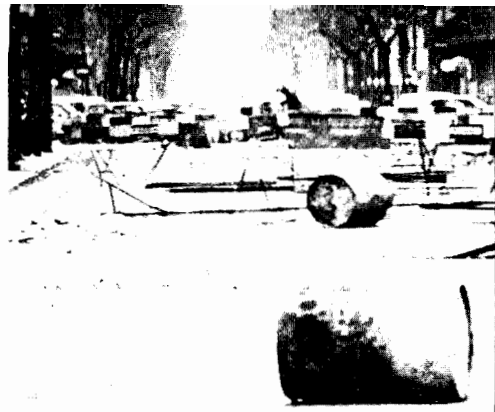
Inzwischen schöpft der "Feind" immer mehr Mut. Und nun sieht man zum ersten Mal Barrikaden entstehen. Niemand weiß, wer zuerst auf die Ideen kam. Aber jetzt beginnen die Massen, alles herbeizuschaffen, was sie dazu brauchen können: parkende Autos, Backsteine von naheliegenden Baustellen, Betonblöcke, Metallfässer.

Binnen weniger Stunden entstehen solche improvisierten Barrikaden in der ganzen Stadt. Ihre Absicht: die Lebensadern der Stadt zu erwürgen, den Verkehr zu blockieren, die Busse zum Anhalten zu bringen. Dies gelingt ihnen.

Am Nachmittag steht alles in Vitoria still. Sobald es der Polizei gelingt, eine Barrikade zu entfernen, sind inzwischen zwei weitere gebaut worden. Schließlich gibt die Polizei auf. Es ist für sie hoffnungslos.

Die Arbeiter haben zuerst die Barrikaden gebaut, um den Verkehr aufzuhalten, und nicht als Kampfmittel. Aber sie gewinnen mehr und mehr Selbstvertrauen und rennen schließlich nicht mehr fort, sobald die Polizei auftaucht. Nun stehen sie um ihre Barrikaden und plaudern oder bauen sie auf.

Sie sind stolz auf ihr Werk, vervollkommen die Barrikaden. Niemand wird sie nunmehr wegräumen. Mit dem Selbstbewusstsein der Streikenden steigt ihr Mut. Mögen die anderen das Rathaus haben - die Straßen gehören uns.



Der Tag hat schon zu einigen kleineren Zwischenfällen geführt. Ein Mädchen mit einer Kopfverletzung wird in einen Wohnblock getragen. Eine Frau bemerkt dazu voller Ärger: "Was sind denn das für Leute? Sie schlagen uns nieder, weil wir auf die Straßen gehen, um für ein Stück Brot zu kämpfen. Dafür kämpfen wir ja nur: ein Stück Brot!"

## TRÄNENGAS

Um fünf Uhr machen sich Tausende Arbeiter, meistens mit ihren Frauen, oft auch mit den Kindern, auf den Weg zu der Kirche, wo eine Massenversammlung stattfinden soll. Da schon am Vortag in der selben Kirche eine ähnliche Arbeiterversammlung ohne Komplikationen stattgefunden hatte, erwartet man keine Gewaltanwendung. Frauen spielten friedlich mit ihren Kindern vor der Kirche.

Aber heute läuft es anders. Einzelne Polizeigruppen versuchen, Arbeiter vom "Kirchgang" abzuhalten. Die Polizei hat sich in den Kopf gesetzt, daß die Versammlung nicht stattfinden wird. Aber anstatt den Eingang der Kirche zu blockieren, warten die "Ordnungshüter" ab, bis möglichst viele bereits in dem Gebäude sind. Nichts kann klarer ihre mörderischen Absichten ausdrücken als dies.

Dann werfen sie unzählige Tränengaskanister in die Kirche, zertrümmern die Fenster, mit der klaren Absicht, eine Panik hervorzurufen. Aber die Arbeiter bleiben zunächst ruhig. Mit der Zeit wird das Atmen jedoch immer schwieriger. Als sie schließlich auf Händen und Knien versuchen, das Gesicht an den Boden zu pressen, um nicht so viel von dem teuflischen Gas einatmen zu müssen, wird die Sache aussichtslos. Die Wahl heißt: Polizei oder Erstickungstod. Da sagt jemand durch das Mikrofon: "Wenn sie schon uns alle umbringen wollen, dann sollen die das im Freien tun!" Hierauf strömen die Leute aus der Kirche.

Jetzt eröffnet die Polizei das Feuer. Zwei Arbeiter werden getötet, zahlreiche Arbeiter werden verletzt, es gibt viele Schwerverletzte, von denen einige inzwischen gestorben sind. Unter den Verletzten sind mindestens fünf noch keine 20 Jahre alt. Die Nachricht von der Schießerei erschütterte die gesamte Stadt. Aber anstatt die Arbeiter einzuschüchtern, verursacht sie erst recht tiefe Empörung. Jene Paar Fabriken, wie Michelin, die bisher noch nicht von der Streikwelle berührt waren, stehen nun still. Arbeiter verschaffen ihrem Ärger Luft, indem sie Telefonzellen und Straßenlaternen niederreißen, um Barrikaden zu bauen. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Am nächsten Tag legen die Arbeiter im nahegelegenen Pamplona die Arbeit nieder und führen einen Generalstreik. Es kommt zu Demonstrationen in Bilbao, und für den 8. März wird ein Generalstreik im Baskenland ausgerufen. Die Erschütterungen der Schießerei von Vitoria erreichen ganz Spanien.

Zum Begräbnis der ermordeten Arbeiter versammeln sich Zehntausende, nach einigen Schätzungen bis zu hunderttausend. Die Polizei greift nicht ein. Vertreter der Arbeiter aus dem ganzen Land kommen angereist. Als der Bischof in seiner Predigt um Gottes Gnade für die Polizei bittet, ruft die Trauergemeinde einheitlich "Nein! Nein!"

Am Grabe der Märtyrer werden politische Ansprachen gehalten. Ein Streikführer trifft den Nagel auf den Kopf: "Dies ist nicht nur ein Verlust für die Familien dieser Männer. Dies ist ein Verlust für die ganze Arbeiterklasse."

## REVOLUTION

Überall verbürgen sich die Arbeiter dafür, nicht die Sache zu verraten, für die ihre Kameraden ihr Leben gelassen haben. Diese blutigen Attentate werden nicht Furcht in die Herzen der spanischen Arbeiter pflanzen, sondern haben sie noch mehr angespornt, die Sache der Arbeiterklasse und der spanischen Revolution zu vertreten.

Heute gibt es keinen einzigen Arbeiter mehr in Vitoria, der glaubt, daß er nur für 6 000 Peseten streikt. Es ist eine Konfrontation zwischen der Arbeiterklasse und der Diktatur. Und in den kommenden Kämpfen wird die spanische Arbeiterklasse an jenen Riesen erinnern, der jedesmal, wenn er zu Boden geworfen wurde, danach doppelt so stark wurde. Wenn sich die spanischen Arbeiterparteien als würdig erweisen werden, die Arbeiterklasse zu führen, dann besteht am Endergebnis des Kampfes kein Zweifel.

Carlos Iker

## FIESE TYPE

Ich bin in einem großen Elektrozentrals beschäftigt, und meine Arbeit ist dort, Gabelstapler zu warten und zu reparieren. Ihr klagt immer wieder die verschwenderische und autoritäre Arbeitsorganisation in einem kapitalistischen Betrieb an. Ich möchte euch dazu ein typisches Beispiel aus meiner Abteilung berichten.

Unser Meister ist, was wir hier in Berlin 'ne fiese Type nennen; er hat von Tuten und Blasen keine Ahnung, er hat sich einfach durch "Firmentreue" in seine Position hineingesessen. Seine "Firmentreue" wirkt sich so aus, daß er uns nie unsere eigenen Wagen in der Werkstatt reparieren läßt, daß wir aber alles liegen und stehen lassen müssen, wenn mal am Privatwagen des Abteilungsleiters was nicht in Ordnung ist.

Natürlich verarschen wir den Mann dann auch immer wir können. Z.B. fragte er mich kürzlich, was denn an dem Getriebe eines gerade reparierten Gabelstaplers kaputt gewesen sei. Ich sage: "Der Spiegelreflektor". Der Meister, blöd wie er ist, guckt sich das Getriebe lange an und sagt dann sachverständig: "Ah ja!" - Die Reparaturarbeiten, die ich in einer Woche zu machen habe, könnte ich jedesmal bis Mittwoch erledigt haben. Aber das einzige, was für mich dabei rausspringen würde, wäre mehr Arbeit für das gleiche Geld! Ich bin doch nicht blöd.

Manfred G., Westberlin

## JUSOS

Liebe Genossen!

Als Juso-Mitglied und Voran!-Leser möchte ich den Artikel "Welcher Weg für die Jusos?" (Voran! Nr 13) begrüßen.

Ich dachte, Eure Leser würden es vielleicht interessieren, zu wissen, wie es in meiner Juso-AG in Bonn aussieht, die keine Ausnahme ist. Die Situation hat sich in den letzten 6 Monaten, seit ich in der AG bin, im wesentlichen nicht geändert - d.h. es kommen immer regelmäßig 25-40 Mitglieder zu den wöchentlichen Sitzungen.

"Klasse!" könnte man sagen, besonders weil das nur eine AG unter mehreren gut besuchten AGs im Bonner Raum ist... Bei unserer AG habe ich manchmal den Eindruck, daß die Anwesenheit mehr auf ein Pflichtgefühl der Genossen zurückzuführen ist, als auf politische Begeisterung - und auf die Tatsache, daß es 20 000 Studenten an der Universität gibt und daß Bonn der Sitz der Bundesregierung ist!

In unserer AG gibt es aber fast keinen Arbeiter, geschweige denn "jugendliche" Lehrlinge oder Gewerkschafter. (Es kommt darauf an, was man unter "jugendlichen" versteht, aber mit 21 bin ich bestimmt eine der jüngsten.)

Wie Ihr richtig sagt, fehlt den Jusos gerade die Orientierung an der Arbeiterklasse und der arbeitenden Jugend. Das Ergebnis ist, daß die jungen Arbeiter von den Jusos wegbleiben.

Ein junger Lehrling, den ich kenne, sagte mir: "Ich gehe nicht zu den Jusos, erstens weil sie nichts anfangen und zweitens weil ich nicht einmal ihre Sprache verstehen kann. Eine AG-Sitzung kommt mir mehr wie eine Geschichtsstunde als eine politische Diskussion vor, weil die auf einer so akademischen Ebene reden."

Sein Vorwurf ist völlig verständlich und LEIDER berechtigt und paßt genau zu dem, was ich auch von anderen Gewerkschaftern gehört habe. Er hat übrigens gesagt, er verstehe ganz gut die Sprache von "Voran!", obwohl die Artikel manchmal zu lang sind. Ich muß dem auch zustimmen; besser wären mehr und kürzere Artikel über viele verschiedene Themen, besonders das, was Gewerkschaft und Jusos betrifft.

F. Bull

schreib auch Du an  
VORAN!  
GEISSLERSTR. 1  
43 ESSEN 1

## JUGENDARBEITS LOSIGKEIT!

Liebe Genossen!

Jeden Tag kann man in der Zeitung lesen, daß jetzt ein "Aufschwung" bevorsteht. Eines jedoch ist sicher: Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen wird

dringende Sozialreformen. Wenn die Unternehmer vielleicht hier und da einige Ausbildungsplätze bereitstellen, dann wohl eher aus dem Interesse an billigen Arbeitskräften heraus als in Sorge um das Recht der Jugend auf Ausbildung.

Mehr Lehrlinge als tatsächliche Arbeitsplätze für die Ausgelernten kann doch nur heißen: man versucht, die einzelnen Lehrlinge zu spalten, indem der Konkurrenzdruck natürlich verschärft wird und jeder darum kämpft, später in ein Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Solche Maßnahmen können vielleicht vorübergehend einige Jugendliche von der Straße wegholen, aber langfristig wird die Jugendarbeitslosigkeit natürlich nicht so beseitigt.

Gewerkschaften und SPD sollten sich jetzt für die Garantie eines Ausbildungsplatzes für alle Schulabgänger und die Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis aller fertig ausgebildeten Jugendlichen einsetzen. Genügend Fabriken und Maschinen wären ja vorhanden, um jedem Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen. Solange aber noch das Kapital alles in dieser Gesellschaft zu sagen hat, wird unzähligen Jugendlichen der Weg in eine gesicherte Zukunft verbaut sein. Die berufliche Bildung darf nicht mehr Sache des Kapitals sein, sondern muß unter die Kontrolle der Gewerkschaften kommen.

Die Großkonzerne müssen verstaatlicht und unter Arbeiterkontrolle gesetzt werden. Erst dann kann wirklich vom Recht auf Ausbildung und Arbeit die Rede sein. Laßt uns dafür kämpfen.

BIRGIT

In dem Film "Die letzte Nacht des Boris Grustschenko" kommt folgende sehr "sozialistische" Szene vor: Woody Allen zieht mißmutig in den Krieg gegen Napoleon. Seine Kameraden beschimpfen ihn wegen seiner Kriegsunlust: Na, du bist uns vielleicht einer: "Den Zar magst du nicht, Napoleon auch nicht... Wer soll denn Rußland regieren? Die Leibeigenen etwa?" Darauf Woody: "Warum nicht? Die sind die einzigen, die wissen, wie man einen Zaun repariert, die sind es, die die Ernte einbringen und..." Arbeitsteilung: Die einen herrschen, die andern machen die Arbeit.

Der diesjährige Juso-Bundeskongreß war im Vergleich zum letztjährigen in mancher Hinsicht ein Fortschritt. Während noch in München 1974 und in Wiesbaden 1975 oft völlig akademische Fragen stundenlang hin- und hergewälzt wurden und mehr Personal- als Sachpolitik betrieben wurde, verlief der Dortmunder Kongreß Ende März etwas disziplinierter, und wurde weniger als bisher üblich einfach studentisch-abstrakt diskutiert.

Die aktuellen Probleme der Jugendlichen und der Arbeiterklasse wurden zum Teil aufgegriffen. Und wenn auch nicht voll und ganz diskutiert, so zeigte doch der Kongreß die Absicht, konkrete Fragen in den Mittelpunkt der Juso-Aktivitäten im nächsten Jahr zu stellen.

Gleich zur Eröffnung des Kongresses wurden Resolutionen zur Jugendarbeitslosigkeit und zu den Jugendvertreterwahlen verabschiedet. Einstimmig wurde auch eine Resolution angenommen, die sich hinter die Forderung nach Erhaltung der Vereinigten Flugtechnischen Werke in Speyer stellt.



**Jungsozialisten  
in der SPD**  
26.-28. März 1976  
Dortmund  
Westfalahalle  
**Bundeskongreß**

Im Mittelpunkt der Diskussion standen zweifellos nicht mehr rein abstrakte Fragen nach der Rolle des Staates, die ohnehin immer ohne Konsequenzen für die Orientierung der Juso-Arbeit blieben, sondern die Fragen der Wahlkampfplanung und einige zentrale Probleme der Arbeiterklasse in der BRD.

Zum ersten Male wurden im Rahmen eines Bundeskongresses zwei Kundgebungen im Saal organisiert, ein erster Schritt nach vorne. Über "Rechte junger Arbeitnehmer" sprachen am Freitagabend Mons-Otto Wolf, Dortmunder Juso und Betriebsrat, Jochen Steffen vom Parteivorstand und Georg Benz vom IG-Metall-Bundesvorstand.

Dazu waren Jusos aus ganz Nordrhein-Westfalen mobilisiert worden, allerdings waren es überwiegend aktive Jusos. DGB-Jugendliche wurden kaum mobilisiert. Es hätten bei besserer Organisation noch weit mehr mobilisiert werden können. Nicht einmal alle aktiven Jusos aus dem Ruhrgebiet nahmen teil. Im übrigen begann die Veranstaltung auch eine Stunde später als geplant. Am Samstagabend sprachen Sozialisten aus Chile, Spanien und Portugal, dazu kamen jedoch so gut wie keine zusätzlichen Jusos aus den umliegenden Städten an.

## Jungarbeiter

Wir wollen hier als marxistische Juso-Tendenz zu den wichtigsten Fragen der Juso-Arbeit in den kommenden Monaten Stellung nehmen. Papier nützt den aktiven Jusos an der Basis wenig, solange nicht praktische Anleitungen zum Handeln gegeben sind. Und das alte Problem der Jusos, daß die Studenten und Junglehrer immer noch die große Mehrheit der aktivsten Mitglieder ausmachen, ist nach wie vor da.

"Die Ausrichtung der Juso-Organisation auf die Bedürfnisse und Interessen der arbeitenden Jugend muß aber noch stärker werden! Dies wird für das nächste Jahr die zentrale Mobilisierungsaufgabe!" So kündigte Heidi Wiczorek-Zeul in ihrem politischem Bericht die "zentrale Mobilisierungsaufgabe" für 1976 an. In vielen Anträgen kamen auch ganz konkrete und wichtige Forderungen zum Ausdruck, so die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden wöchentlich ohne Lohnverlust (Antrag 28 des Bezirks Weser-Ems). Die Arbeitsgemeinschaft Köln Süd/Altstadt forderte, sicher in Übereinstimmung mit vielen AGs eine bundesweite Kampagne gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Die Wahl von zwei Gewerkschafts-Bundesjugendsekretären in den neuen Bundesvorstand ist sicherlich zu begrüßen. Aber zwei Gewerkschaftsfunktionäre bedeuten noch nicht automatisch eine Verbreitung sozialisti-

scher Ideen in den Betrieben noch die Gewinnung von 2000 neuen Jungarbeitern für die Jusos. In einer Arbeitsgruppe zum Thema "Rechte und Forderungen der Jugendlichen" betonte das ausscheidende Bundesvorstandsmitglied Dietmar Thieser die zentralen Forderungen der Jusos:

1. Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze
2. Einführung des 10. Pflichtschuljahres
3. Verringerung der Arbeitszeit
4. Einführung eines allgemeinen Bildungsurlaubs
6. Überbetriebliche Ausbildungsstätten
7. Feste Arbeitslosenunterstützung für arbeitslose Jugendliche

Er kündigte verstärkte Aktivitäten der Jungsozialisten mit der arbeitenden Jugend an, und zwar unter dem Motto "Ausbildung für nicht Ausgebildete - Arbeit für Ausgebildete!"

Diese Forderungen sind voll und ganz zu begrüßen. Aber es wurde beim Kongreß nicht deutlich genug gesagt, daß es utopisch ist, diese Ziele kurzfristig durchzusetzen zu wollen, ohne die zentralen Säulen des kapitalistischen Wirtschaftssystems anzugreifen.

Denn jeder Punkt dieser Liste würde, wenn sich kein materieller Nachteil für die Arbeiterklasse ergeben sollte, die Profite der Unternehmer erheblich angreifen und ihren entschlossenen Widerstand und Boykott provozieren.

Deswegen müssen alle Einzelforderungen zur Verbesserung der tagtäglichen Lebensbedingungen mit der Perspektive der Entmachtung der Kapitalistenklasse und Überwindung ihrer Wirtschaftsordnung verbunden werden. Auch das Bundesvorstandsmitglied Michael Müller hat festgestellt, daß die Verwirklichung der Forderungen der Jusos die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erfordert. Aber dann kann es nicht ausreichen, wenn die Jusos den arbeitslosen Jugendlichen einfach solche Forderungen wie die oben erwähnten 7 anbieten, ohne diese mit der zentralen Perspektive der Verstaatlichung der Großbetriebe, Banken und Versicherungen, der Arbeiterkontrolle und -verwaltung und der sozialistischen Planwirtschaft zu verbinden.

Gerade dieser zentrale Gedanke darf nicht nur in Konferenzreden auftauchen, sondern muß als zentraler Punkt der Öffentlichkeitsarbeit der Jungsozialisten erscheinen. Sonst wäre der Vorwurf berechtigt, die Jusos würden Unmögliches fordern, sie stünden jenseits der "Sachzwänge". Gegen solche Vorwürfe kann nur ein echtes sozialistisches Programm helfen.

## Wahlkampf

Zum Thema "Wahlkampf" wurden zwei Grundfassungen sichtbar. Während die als "links" geltenden Bezirke Hamburg und Hannover nur einen defensiven Wahlkampf führen wollten unter der Parole "Verteidigung der politischen Demokratie", ohne überhaupt von sozialistischen Lösungen zu sprechen, setzte sich - mit vielen kleinen Abänderungen - die Linie des Bundesvorstandes durch, die einen offensiven Wahlkampf vorsieht und im eigenständigen Wahlkampfbeitrag die Ziele der Jusos klar und deutlich aussprechen will. Bundesvorstandsmitglied Ottmar Schreiner sagte dazu: "Wer im Wahlkampf über Vergesellschaftung nicht reden will, der muß erklären, warum er nach dem Wahlkampf darüber reden will!"

In der Tat wäre es für die Jusos falsch, sich nur als "Demokraten" darstellen zu wollen und völlig zu verschweigen, daß das Ziel eine sozialistische Gesellschaft ist. Denn gerade Wahlkämpfe bieten die gute Möglichkeit, die Reihen der Jusos um Tausende Jungarbeiter, Schüler und Studenten zu vergrößern und somit die angeschlagene Arbeit der einzelnen Arbeitsgemeinschaften wieder aufzufrischen.

Für Sozialisten oder Marxisten kann es auch nicht darum gehen, immer nur mit kurzfristigen Perspektiven und Parolen Wahlkampf zu betreiben, sondern immer und bei jeder Gelegenheit die sozialistische Gesellschaft als die einzige Alternative im Interesse der breiten Mehrheit der Arbeiter und Angestellten, zu propagieren.

Sozialisten mit marxistischem Anspruch zeichnen sich nicht dadurch aus, daß sie immer nur das fordern, was in den nächsten Monaten parlamentarisch zu verwirklichen ist oder dadurch, daß sie nur um abstrakte "Demokratie kämpfen und auf die Herausstellung sozialistischer Lösungen verzichten, nur weil nach der Wahl 1976 noch nicht der Sozialismus ausbrechen wird - nein, Marxisten vertreten die Interessen der Arbeiterklasse, und in dem Sinne verbinden sie alle aktuellen Fragen mit der gesamten Perspektive, stellen sie auch Forderungen auf, die nicht in den nächsten Monaten oder bei der nächsten Wahl unmittelbar anstehen. So war es zu Marxens Zeiten, so muß es auch heute sein.

Daß Jungsozialisten mit aller Kraft im Bundestagswahlkampf für einen Sieg der SPD kämpfen sollten, ist wohl selbstverständlich. Ein Sieg für die

CDU/CSU wäre eine politische Niederlage für die organisierte Arbeiterbewegung und würde verschärfte Anariffe auf den Lebensstandard, verstärkten Abbau von Reformen und Einsparungen sowie Versuche, die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit einzuschränken, zur Folge haben.

Aber die Erfahrung mit der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung belegt auch gleichzeitig, daß jede Regierung, die mit einem Programm von inneren Reformen angetreten ist, in der Krise unter einem ungeheuren Druck der Großbetriebe steht. Viele Reformvorhaben, die im SPD-Wahlprogramm von 1972 angekündigt waren und für die im November 1972 die SPD breite Schichten mobilisieren konnte, sind an der harten Realität des Kapitalismus in der Krise gescheitert.

Die Jusos müssen deshalb auch all denen, die sich von der SPD-geführten Regierung mehr versprochen haben, deutlich machen, daß sie nicht nur SPD wählen, sondern auch der SPD beitreten müssen, um in der SPD mit für die Durchsetzung eines sozialistischen Programms zu kämpfen. So können zwei Dinge gleichzeitig gemacht werden: Kampf für die SPD und Gewinnung neuer SPD-Mitglieder, die den Kampf für sozialistische Ziele stärken.

## Solidarität

Zu Spanien lagen den Delegierten des Bundeskongresses mehrere Anträge vor. Daraus wurde dann schließlich ein Sammelantrag gemacht, und auch die von Voran! und vom Sozialistischen-Spanien-Solidaritäts-Komitee immer wieder geforderten Solidaritätsaktivitäten wurden mit einbezogen:

- materielle Hilfe für die spanischen Jungsozialisten
- Propagandakampagne für die spanischen Genossen und Übersetzung ihres Materials
- Gründung von örtlichen sozialistischen Spanien-Solidaritätskomitees in jeder größeren Stadt mit deutschen und spanischen Jusos, SPD- und PSOE-Mitgliedern und Gewerkschaftlern aus DGB und UGT (sozialistischer Gewerkschaftsbund in Spanien).

Aber internationale Solidarität muß für Sozialisten mehr als eine selbstverständliche Pflichtübung sein. Der Kampf der Sozialisten in Europa macht nicht an den Grenzen der einzelnen Staaten halt, sondern ist ein internationaler gemeinsamer Kampf. Deswegen muß neben einer höchstmöglichen finanziellen Unterstützung der spanischen Sozialisten und besonders der Jungsozialisten jeder Juso auch mit ihrem politischen Kampf vertraut sein, muß die Situation in Spanien breit diskutiert werden, müssen möglichst viele Veranstaltungen im ganzen Land mit Vertretern der spanischen Jusos abgehalten werden, damit wir sehen, daß wir nicht nur Geld für ihren Kampf bereitstellen können, sondern auch von ihrem politischen Kampf lernen können.

VORAN! sprach am Rande des Kongresses mit den Vertretern des PSOE und JSE. Sie meinten, daß ihnen leider kein Übersetzer zur Verfügung gestanden hätte, so daß sie die Konferenz nicht verfolgen konnten. Die Solidarität der deutschen Jusos sei noch allzu sehr eine moralische Solidarität, aber das Bedürfnis nach Information sei durchaus vorhanden.

Sie erklärten uns, daß sie mit den Forderungen des Antrags 91 aus UB Remscheid, der die Ziele des SSSK vertritt, voll und ganz einverstanden sei, aber offenbar seien diese Forderungen im Verlauf der Konferenz kaum ausführlich behandelt worden. Auch die Auffassung von Solidarität und Forderung nach 100 000 DM teile er.

Die zwei Vertreter der Jungsozialisten (FNJSE) berichteten uns: "Seit dem Tod Francos hat sich nichts geändert. Die Kapitalistenklasse ist gespalten. Ein Teil will eine offene Diktatur bzw. die Festigung der Diktatur, der andere Teil will scheinbare Veränderungen. Wichtig ist die Ausbreitung der Streiks, und PSOE und UGT können dabei eine Rolle spielen."

Wir fordern demokratische Rechte und die Auflösung des alten Staatsappa-

Es genügt weder eine bunte Liste von "kurzfristigen" Forderungen noch die abstrakte Forderung "Sozialismus!" Für die Jusos kommt es jetzt darauf an, dieses zu verbinden, das heißt konkrete, von den aktuellen Problemen ausgehende Forderungen aufzustellen und gleichzeitig zu zeigen, daß das kapitalistische System völlig unfähig ist, etwa das Recht auf Arbeit oder einen gesicherten Lebensstandard für alle zu garantieren, und daß deswegen zuerst das kapitalistische Wirtschaftssystem beseitigt werden muß, bevor von einer Verwirklichung all dieser Forderungen die Rede sein kann.

Natürlich werden darüber hinaus Marxisten jede Reformforderung und jede durch Kampf erreichte Verbesserung oder Errungenschaft unterstützen, gleichzeitig aber wissend, daß keine Verbesserung im Rahmen dieses Systems auf immer und ewig gesichert ist und früher oder später durch die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus alle Fortschritte gefährdet sind.

Ähnlich wie bereits vor einem Jahr gab es eine starke Opposition, die beanspruchte, "marxistische Positionen" zu vertreten und die sich in 100 Gegenstimmen bei der Wahl der Bundesvorsitzenden niederschlug. Aber die Hamburger, Berliner und Hannoveraner Genossen brachten nicht einmal einen Gegenkandidaten auf die Beine.



**PSOE**  
Partido Socialista Obrero Español

**Juso**  
Jungsozialisten in der SPD

rats. Wichtig für die Koordinierung der örtlichen und regionalen Kämpfe der Arbeiterklasse sind die Versammlungen der gewählten Vertreter der Arbeiter aus den verschiedenen Betrieben.

Dabei haben UGT, PSOE und FNJSE bereits einen wichtigen Beitrag geleistet. Demgegenüber arbeitet die kommunistische Partei in den vertikalen, faschistischen Staatsgewerkschaften, während wir für die Zerstörung dieser "Gewerkschaften" sind."

Die Beschlüsse zur konkreten Solidarität mit den spanischen Genossen müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden. Spanien darf nicht wie ein x-beliebiges Land behandelt werden, sondern muß im Mittelpunkt der Internationalen Arbeit der Jusos stehen.

Tausende spanischer Gastarbeiter in der BRD würden bei den Spanienkomitees mitarbeiten, und wenn jeder Juso eine DM in diesem Jahr spendet, wie es vorgeschlagen wurde, dann können bis Jahresende sehr wohl 100 000 DM nach Spanien überwiesen werden.

Im Gegensatz aber zu den Genossen, sowohl in der BRD als auch in Spanien, die der Auffassung sind, daß der Kampf in zwei Etappen zu teilen wäre - zunächst für den Sturz der Monarchie und die Festigung der bürgerlichen Demokratie auf unbestimmter Zeit, und dann vielleicht in einer Generation ginge es um den Kampf für den Sozialismus - vertreten wir die Ansicht, daß eine bürgerliche Demokratie in Spanien kaum Überlebenschancen hat.

Wegen der Schwäche des spanischen Kapitalismus kann sich die spanische Kapitalistenklasse solche Freiheiten auf die Dauer gar nicht leisten. Schon von Anfang an wurde der Kampf gegen Franco und das Regime nicht etwa von Liberalen oder Christdemokraten geführt. Sie haben sich stets als Feiglinge und Mitläufer entlarvt.

Der Kampf wurde von Arbeitern begonnen, organisiert und durchgeführt. Ein Übergang zur bürgerlichen Demokratie wird demnächst stattfinden. Die Arbeiter werden versuchen, ihre materiellen Forderungen geltend zu machen und damit in Kollision mit den neuen "demokratischen" Herrschern geraten.

Deswegen müssen die Jusos hier wie in Spanien die Perspektive eines sozialistischen Spaniens vertreten, das sich auf die Massenorgane der Arbeiter (Fabrikkomitees, Wohngebietkomitees) stützen würde.

Hans-Gerd Öfinger



**Jungsozialis**  
Den  
an  
uk

zwei aus-  
scheidende  
Mitglieder  
des Bundesvor-  
stands verabschieden sich von Heidi

SPANIEN-BROSCHÜRE mit Übersetzung von Ausschnitten aus dem Programm der spanischen Jungsozialisten. Solidaritätspreis 1,- DM, herausgegeben vom Soz. Spanien-Solidarit.-Komitee SSSK Metzgerstr. 12 - 563 REMSCHEID

**voran!**

bringt in der nächsten Ausgabe Artikel über • Gewerkschaftsjgd. • Bundesbahn • CDU • Jusos • Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung • Spanien .....und vieles mehr.

**Impressum**

VORAN ! ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE  
ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG  
FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

VORAN!  
43 ESSEN 1, Geißlerstr. 1  
Telefon: 0201/628260

Kontonummer: Postscheckamt Essen,  
Hans-Gerd Öfinger, 170 20 - 433

Verantwortlicher Redakteur H.G.Öfinger

# Mitbestimmung

"Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wollen mitbestimmen, das heißt die Vorherrschaft des Kapitals brechen" (DGB-Referentenmaterial zur Mitbestimmung).

"Die paritätische Mitbestimmung stellt einen entscheidenden Schritt zum Machtgleichgewicht in unserer Wirtschaft dar.... An unserem Ziel halten wir fest, was auch immer der Weg dorthin sein mag und wie viel Zeit auch immer noch verstreichen muß, bis gesellschaftspolitische Vernunft die Auseinandersetzung in unserem Sinne entscheidet" (IG-Metall-Vorsitzender Eugen Loderer auf dem DGB Bundeskongreß 1975 in Hamburg).

In der Tat steht die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung seit Jahren in der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung an vorderster Stelle. Sie wird bei allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen hervorgehoben.

In Dortmund gingen am 8. November 1975 50 000 dafür auf die Straße. Doch unter Sozialisten wie innerhalb der Gewerkschaften selbst ist umstritten, was für einen Rang die paritätische Mitbestimmung in der Strategie der Zukunft haben soll, ob sie ein Endziel oder nur eine Zwischenstufe sein soll.

Durch großen Druck hat die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik seit Kriegsende eine Fülle von Errungenschaften durchgesetzt - mehr soziale Sicherheit, bessere Arbeitsschutzgesetze, menschenwürdigere Manteltarifverträge wurden erkämpft. Aber in vielen Betrieben stehen diese Verbesserungen immer noch auf dem Papier, werden gesetzliche Regelungen einfach mißachtet und müssen verbriefte Rechte oftmals unter persönlichem Opfer gerichtlich durchgesetzt werden.

Selbst in manchen Großbetrieben gibt es immer noch keinen Betriebsrat. Und die Erfahrung zeigt, daß überall dort, wo ein starker und entschlossener Betriebsrat und Vertrauenskörper besteht, der die bestehenden Rechte und Vorschriften ganz genau kennt und sich nicht so einfach weichkriegen läßt, daß dort der zähe und andauernde Kleinkrieg um bessere Arbeitsbedingungen zu größeren Er-

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts EMNID unter 200 Inhabern, Geschäftsführern und Vorstandsmitgliedern wichtiger Großunternehmen ergab sich folgendes Bild:

"Jeder vierter deutsche Unternehmer steht dem Mitbestimmungsentwurf der Bonner Regierungsparteien positiv gegenüber" (FAZ 7.1.76.).

Und selbst Bundespräsident Scheel meinte zur Mitbestimmung: "Die Zeit für die Entscheidung ist reif" (DGB-Kongreß).

Wenn also führende Unternehmer und bürgerliche Politiker auch grundsätzlich für die Mitbestimmung sind, dann sicherlich nicht, um die Macht in dieser Gesellschaft zu verschieben. Sondern sie wollen geregelte Verhältnisse im Betrieb, an Vorschriften genau gebundene Arbeitnehmer im Aufsichtsrat, die in wirtschaftlich stürmischen Zeiten "zum Wohle des Betriebs" also des Kapitals, handeln, an Schweige- und Friedenspflicht gebunden.

Sie wollen, daß die Arbeitnehmervertreter "unpopuläre Entscheidungen" und Sachzwänge mittragen.

Natürlich kommt für die Unternehmer eine paritätische Mitbestimmung nicht in Frage. Denn das Ziel des DGB ist es auch, durch paritätische Mitbestimmung im Unternehmen das Umschlagen wirtschaftlicher in politischer Macht zu erschweren. Gerade das wird kein Unternehmer einfach hinnehmen, daß nämlich die Arbeitnehmervertreter etwa darüber mitreden dürfen, an welche Parteien, Verbände usw. Spenden gemacht werden.

Die volle Parität von Arbeit und Kapital im Aufsichtsrat könnte auch dazu führen, daß die Gegensätze zwischen den Arbeitern und Anteilseignern voll aufeinanderprallen, daß so eine Pattsituation entstünde und das Gremium nicht handlungsfähig wäre.

Dies würde dann die ungehemmte Ausbeutungsmöglichkeit für die Kapitalisten einschränken, er würde das Interesse an einem solchen Betrieb verlieren und irgenwo anders versuchen, sein Kapital einzusetzen. Ein Kapitalist wird nur da investieren, wo er auch volle Kontrolle hat, und nicht dort, wo die Arbeiter zu 50% das Sagen haben.

Es sei denn, die beiden Seiten im Aufsichtsrat kommen zu einer Verständigung, das heißt die Arbeitnehmervertreter rük-

folgen führt als in Betrieben, wo zu meist unorganisierte Arbeiter einem entschlossenen Boß gegenüberstehen.

Aus diesem Grund muß jeder Sozialist erweiterte Kontrollmöglichkeiten für die Arbeitnehmervertreter und die Gewerkschaften begrüßen.

Aber gleichzeitig schränkt selbst der DGB alle Erwartungen ein, daß die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten ein entscheidender Durchbruch oder bereits ein bahnbrechender Schritt zur Durchsetzung der tagtäglichen elementaren Interessen der Arbeiter ist:

"Harmonie ist etwas für den Gesangverein - nicht dagegen für die kapitalistische Wirtschaft.... Die Mitbestimmung in den Unternehmen jedenfalls ist nicht dazu geeignet, den Frieden mit dem Kapitalismus einzuläuten."

Im Zusammenhang mit den Massenentlassungen des VW-Konzerns hat Eugen Loderer jedoch die Meinung vertreten, daß über die paritätische Mitbestimmung auch die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zum Wohle der Arbeiter aufgefangen werden könnten: "Auf diese Weise können wir auch Krisen, die von Zeit zu Zeit unsere Wirtschaft - teils von außen, teils von innen - bedrohen, leichter bewältigen, zum wohlverstandenen Nutzen aller Beteiligten" (Sozialdemokrat Magazin 6.75.).

Dieser Ansicht Loderers widersprach der Vorsitzende der IG-Metall-Verwaltungsstelle Neckarsulm, Klaus Zwickel: "Ich meine vielmehr, wir täten besser daran, gerade an diesem Punkt die Gegensätze dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung deutlich zu machen... Ich habe größte Bedenken, wenn wir derzeit in manchen Äußerungen so tun, als würde die Mitbestimmung diesen zentralen Pfeiler dieser Wirtschaftsordnung beiseitigen. Sie kann und wird es nicht, weil Mitbestimmung keine wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Lösung ist."

Sie wirkt im Betrieb bzw. auf die betrieblichen Entscheidungen. Deshalb wird auch für die Zukunft über die Mitbestimmung keine Wirtschaftspolitik zu betreiben sein. Und sie wird schon gar

ken von ihrer Position ab. Dies führt auch der DGB als Argument gegen eine mögliche "gegenseitige Blockade" durch Stimmengleichheit an: "Denn die beiden gleichstarken Seiten in einem Aufsichtsrat sind beide daran nicht interessiert, einem Dritten die Entscheidung in einem Streitfall zu überlassen. Sie werden alles tun, um aus der gegenseitigen Blockade herauszukommen und doch noch zu einer Verständigung zu gelangen."

Nur vergißt der DGB dann zu sagen, daß in einem solchen Fall wohl viele berechnete Interessen der Arbeiter auf der Strecke bleiben werden.



"Es wird nicht mal eine Minute dauern, Schulze - aber ich wollte nur, daß sie mitbestimmen bei dem folgenden Beschluß."

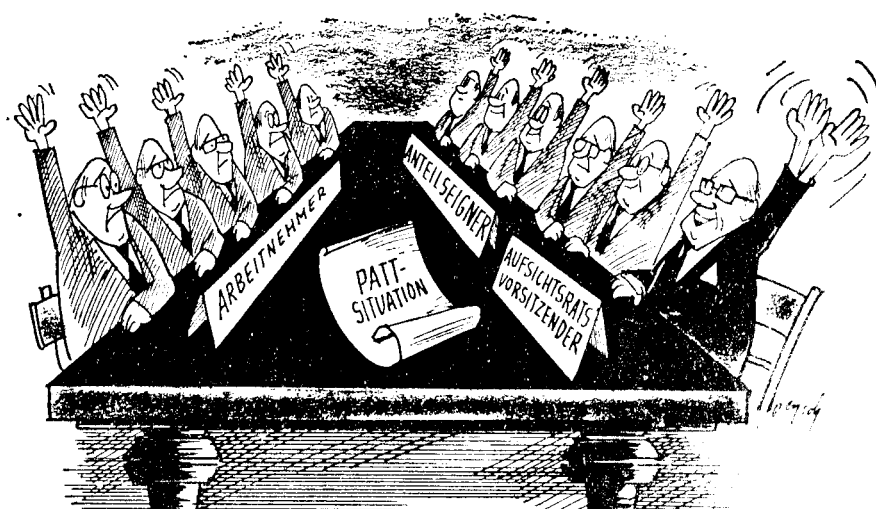
Ähnlich wie das Betriebsrätegesetz in der Weimarer Republik war auch das Mitbestimmungsgesetz von 1951 (Montanmodell) ein Zugeständnis der Großkonzerne gegenüber den Forderungen der organisierten Arbeiterbewegung nach Gemeineigentum und demokratischer Kontrolle.

Im Aufsichtsrat sitzen je 5 Vertreter von Arbeiter und Kapital, dazu kommt noch ein "neutrales" 11. Mitglied, auf das sich beide Seiten einigen müssen.

Das Gesetz wurde verabschiedet, nachdem die IG-Metall- und die IG-Bergbau-Mitgliedschaft mit überwältigender Mehr-

keine Veränderung des kapitalistischen Systems bewirken.... Ich meine., daß Mitbestimmung kein Mechanismus ist, um Wirtschaftliche Krisen zu beseitigen. Sie beinhaltet auch keinen Schutzbrief für einen lebenslangen sicheren Arbeitsplatz." (Rede auf dem DGB-Bundeskongreß in Hamburg)

Im Gegenteil - paritätische Mitbestimmung kann unter Bedingungen einer verschärften Krise die Arbeiter spalten oder demoralisieren. Bei geschumpften Märkten und zurückgegangenen Exporten verschärft sich der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Betrieben und damit auch zwischen den einzelnen Belegschaften.



Unter dem Titel 'Doppeltes Summrucht' brachte das 'Handelsblatt' die Zeitung für den 1. Dezember mit dieser Zeichnung seine Genugtuung über die neue Mitbestimmung zum Ausdruck.

Der Aufsichtsrat einer Firma stünde dann vor der Wahl, entweder alle Arbeitsplätze zu erhalten, was über kurz oder lang den ganzen Betrieb konkurrenzunfähig machen würde, oder einen Teil der Arbeiter zu entlassen und verstärkt zu rationalisieren, um mit der Konkurrenz Schritt halten zu können.

Eine andere Wahl bliebe den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat nicht, denn der kapitalistische Grundsatz des höchstmöglichen Profits bleibt ja unan-

den es manche Unternehmer vielleicht sogar begüßen, wenn Arbeitnehmer die Entscheidungen mit tragen würden.

Das am 1. Juli in Kraft tretende Mitbestimmungsgesetz sichert in mehrfacher Hinsicht jedoch den Vertretern des Kapitals die Mehrheit. Zwar haben grundsätzlich die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite die gleiche Anzahl von Sitzen im Aufsichtsrat, aber die Arbeitnehmerseite wird aufgeteilt werden: den Arbeitern, Angestellten und leitenden Angestellten ist jeweils mindestens ein Sitz garantiert.

Und ob die leitenden Angestellten immer auf der Seite der Arbeiter stehen, muß bezweifelt werden. Wichtiger noch ist die Frage des Aufsichtsratsvorsitzenden:

Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden mit Zwei-Drittel-Mehrheit gewählt. Wenn diese erforderliche Mehr-

heit nicht zustande kommt, dann wählt die Kapitalseite den Vorsitzenden, und die Arbeitnehmervertreter dürfen den Stellvertreter benennen.

Bei einer Pattsituation erhält der Vorsitzende, also das Kapital, nach der zweiten Abstimmung eine zweite Stimme. Diese zweite Stimme hat nur der Vorsitzende persönlich, nicht aber sein Stellvertreter.

heit Streikbereitschaft gezeigt hatten. Es war jedoch keinesfalls ein "revolutionärer Akt" - wie einige Gewerkschaftsführer meinten:

Zahlreiche Paragraphen haben seither das Gesetz unterlaufen und den Arbeitnehmervertretern die Hände gebunden, falls etwa ein Streik stattfinden sollte.

§6,2 des Mitbestimmungsgesetzes fordert, daß alle Aufsichtsratsmitglieder zum Wohle des Unternehmens wirken sollten; die Arbeitnehmervertreter sind nicht abwählbar.

In § 294 des Aktiengesetzes heißt es: "Wer als Mitglied des Aufsichtsrats vorsätzlich zum Nachteil der Gesellschaft handelt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus".

Für Betriebsräte gilt dasselbe; sie sind der Friedens- und Schweigepflicht unterworfen und haben die "Pflicht", Entlassungsanträgen zuzustimmen.

Und bei solchen Vorschriften ist es dann nicht verwunderlich, wenn die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nicht mehr ganz die Interessen ihrer Basis vertreten können. "Kluge" und weitsichtige Unternehmer versprechen sich von der Mitbestimmung, daß die Gewerkschaftsfunktionäre in das kapitalistische Management eingegliedert werden. Denn sie hoffen, daß Gewerkschafter, mit denen sie an einem Tisch sitzen, kumpelhaft plaudern, Zigarren rauchen und Whisky trinken, mehr "Verantwortung für das Gemeinwohl" zeigen werden und in akuten Fragen wie Entlassungen, Stilllegungen und Preissteigerungen von ihrer "sturen" Haltung abrücken.

Deshalb müßte, damit Betriebsrat und Aufsichtsratsvertreter mehr an die Basis angebunden sind, für folgende Grundsätze gekämpft werden:

- Abwählbarkeit aller Arbeitnehmervertreter.
- Kein Funktionär darf mehr verdienen als ein Facharbeiter, den Rest der Gelder an die Gewerkschaftskasse abführen.
- (Die IG Textil hat einstimmig beschlossen, daß nach Einführung der paritätischen Mitbestimmung durch die Gewerkschaft vorgeschlagene Aufsichtsratsmitglieder ihre vollen Nettovergütungen abführen müssen.)

- Aufhebung der Friedens- und Schweigepflicht.
- Offenlegung aller Geschäftsvorgänge und Geschäftsbücher für die Belegschaft.

Auch der DGB erkennt (wie dem Referentenmaterial zu entnehmen ist), daß die Mitbestimmung nicht die Gesetze des Kapitalismus außer Kraft setzt. Aus diesem Grund werden vier weitere Möglichkeiten vorgeschlagen:

1. Aktive Tarifpolitik
2. Preiskontrollen
3. Investitionssteuerung
4. Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen.

AKTIVE TARIFPOLITIK - ist damit eine Umverteilung der Vermögen durch hohe Lohnforderungen und Streiks gemeint - und wie läßt sich das zaghafte Verhalten der Gewerkschaften in den Tarifrunden 1975 und 1976 mit der Forderung nach aktiver Tarifpolitik vereinbaren?

PREISKONTROLLEN - also soll den Großkonzernen die eigenmächtige Festlegung der Preise untersagt werden? Werden sie sich dieses Recht nehmen lassen?

VERGESELLSCHAFTUNG - wie soll das aussehen? Gleichzeitig mit der Mitbestimmung? Soll das Unternehmertum überhaupt abgeschafft werden?

INVESTITIONSTEUERUNG - auch dies wird nicht zentrale Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft abschaffen, sondern "sie soll lediglich helfen, mehr Vernunft, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu schaffen" (Gert Lütgert, IG Metall, stellvertretender Vorsitzender der SPD Hessen Süd).

Nach den Vorstellungen der IG Chemie sollen zur Vermeidung eines ruinösen Investitionswettlaufes Branchenaus-schüsse gebildet werden, in denen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentliche Hand vertreten sind und die bei möglichen Fehlentwicklungen Warnungen aussprechen. Wenn diese Warnungen wirkungslos sind, so soll der Ausschuß den Einsatz staatlicher Instrumente empfehlen.

Der DGB hat in Hamburg einen Antrag der IG Metall zur Investitionslenkung angenommen. Darin werden direkte positive Anreize für die Investitionsfähigkeit zur Vermeidung von Überkapazitäten und Engpässen vorgeschlagen. Eine öffentliche Investitionsmeldestelle soll geschaffen werden; in hochkonzentrierten Wirtschaftszweigen, wo der Mißbrauch privater Macht droht, soll der Wettbewerb mobilisiert werden.

Es... "ergeben sich Fehlentwicklungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene durch den Gegensatz zwischen privaten Gewinnzielen und gesellschaftlichen Reformzielen im weitesten Sinne" - stellt der Antrag richtig fest, aber als Konsequenz wird nicht die Aufhebung des privaten Gewinnstrebens gefordert, sondern trocken festgestellt, daß "neue Kriterien, Maßstäbe und Lenkungsmechanismen gefunden werden" müssen.

Unter Bezugnahme auf einen entsprechenden Abschnitt im DGB-Grundsatzprogramm wird dann noch einmal betont, daß es bei der Investitionslenkung um eine Beeinflussung der privatwirtschaftlichen Rahmenplanung geht, wobei die letzte Entscheidung in der Hand des Unternehmers bleiben soll.

Natürlich kann kein Sozialist dagegen sein, daß Investitionen gelenkt und aufeinander abgestimmt werden sollen. Aber läßt sich das mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln vereinbaren?

**INVESTITIONSLENKUNG IST EIN VERSUCH, DIE AUSWIRKUNGEN DES KAPITALISTISCHEN SYSTEMS ZU BESEITIGEN, OHNE DAS ÜBEL WIRKLICH AN DER WURZEL ZU PACKEN.**

Denn solange das private Profitstreben die Wirtschaft bestimmt, wird bei Investitionen nicht auf andere Interessen geachtet werden. Es ist eine Utopie, daß sich ein Kapitalist alle Bedingungen der Investition vorschreiben lassen wird - denn das würde sein Gewinnchancen verschlechtern, und jeder normale Kapitalist wird unter solchen Umständen das Investieren ganz sein lassen bzw. in Spekulationsobjekte oder in Niedriglohnländern investieren.

Und kein Kapitalist wäre wohl bereit, sich seinen Marktanteil vorschreiben zu lassen, denn er spekuliert ja gerade darauf, die Konkurrenz auszustechen und seine Waren abzusetzen.

Investitionen bedeuten im Jahr 1976 hauptsächlich Rationalisierung und Ersatz alter Maschinen. Gute Wachstumsaussichten wie vor 20 Jahren gibt es nicht mehr. Investitionslenkung würde unter diesen Bedingungen nur heißen - Rationalisierungslenkung, also Einfluß darauf, wo rationalisiert wird und damit Arbeitskräfte freigesetzt werden!

Und wenn hier und da noch neu investiert wird, dann gilt die alte Erkenntnis, die auch auf Gewerkschaftsschulungen allgemein verbreitet wird: Investitionen sind Ausdruck von Gewinnerwartungen, und hohe Gewinne lassen sich durch staatliche Zuschüsse und Steuererleichterungen, durch niedrige Löhne oder hohe Arbeitsintensität oder durch optimale Absatzchancen und Vorteile gegenüber der Konkurrenz erzielen.

Nur bleibt die Frage, wo hier noch für "soziale Gerechtigkeit" ein Platz ist.



Um die volle Parität in den Aufsichtsräten durchzusetzen, müßte der DGB alles unternehmen, um den scharfen und klaren Widerstand der Kapitalisten dagegen zu brechen. Der DGB müßte Millionen dafür mobilisieren, alle vorhandenen Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung zusammenfassen, um Druck, Sabotage und heftige Maßnahmen der Unternehmer zu überwinden.

Es wäre eine gesellschaftliche Kraftprobe, eine höchste Anspannung. Daß die

**BOSSE  
WEHREN  
SICH**

Unternehmer dabei nicht zimperlich wären, zeigt eine Aussage von Schleyer, dem Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände. Nach seiner Ansicht ist sich der DGB der Gefahr noch nicht bewußt, daß "die Gewerkschaften ihre eigene Existenz durch ein Zuviel an Macht oder durch qualitative Veränderungen der Wirtschaftsordnung selbst gefährden können" (FR, 26.5.75.).

Die Bosse sind also auch zu Apo-Methoden fähig, um jegliche Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Wirtschaft zu verhindern.

Wenn aber dann nur durch eine breiteste Mobilisierung mit einer kämpferischen Führung die Gewerkschaften die Macht der Unternehmer zurückdrängen können, warum sollte dann die angelaufene starke und gewaltige Bewegung gestoppt werden und sich mit der "Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital" begnügen?

Warum sollte die Bewegung, die ja erfolgreich dann die organisierte Macht der Kapitalisten geschlagen hat, nicht gleich weiter schreiten, nämlich hin zur Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter, zur Organisierung der Produktion nach den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Renter und ihrer Familien, zur sozialistischen Wirtschaftsordnung, die keine Arbeitslosigkeit und Existenzsorgen mehr kennt? Wozu dann die Notbremse der paritätischen Mitbestimmung einlegen?

Schließlich sind doch auch die Arbeiter und Angestellten die breite Mehrheit der Gesamtbevölkerung.

Es ist nicht einzusehen, daß die Kapitalisten die "eiskalt auf die Gesetze des Profits" setzen (so hat es Kollege Eugen Loderer ausgedrückt), in der Indus-

## MOBILISIEREN



trie zu 50 Prozent "mit"-bestimmen sollten, obwohl sie nur wenige Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Schließlich haben allein die Arbeiter die ganze Wirtschaft aufgebaut.

Und es sind auch die Arbeiter, die aus ihrer tagtäglichen Erfahrung im Produktionsprozess heraus fähig sind, gemeinsam nützliche Verbesserungen und Erleichterungen zu entwickeln, aber unter der Herrschaft des Kapitals werden alle Erfindungen und Rationalisierungen dazu verwendet, um Arbeitskräfte freizusetzen und die Ausbeutung zu erhöhen.

## SOZIALISMUS

Erst wenn der ungeheure Druck der Interessen des Kapitals weg ist, kann sich die gesamte Industrie besser und zum Wohle der Arbeiter entwickeln, werden Erfindungen und Rationalisierungen allen Arbeitern zugutekommen und sich in einer Senkung der Arbeitszeit, Erleichterung der Arbeit und Erhöhung der Löhne niederschlagen.

Dies setzt jedoch voraus, daß die Arbeiter unbehinderte Kontrolle über ihre Betriebe haben. Eine hochentwickelte Wirtschaft wie die in der Bundesrepublik würde jedoch zusammenbrechen, wenn einfach die Belegschaft eines Betriebes vor sich hin werken würde.

Um einen harmonischen, abgestimmten Wirtschaftsablauf zu garantieren, müßte es auf der Grundlage der Verstaatlichung eine allgemeine Arbeiterverwaltung geben, bei der die demokratisch gewählten Vertreter jeder einzelnen Branche gemeinsam die Produktion aufeinander abstimmen und die Investitionen lenken. In den einzelnen Betrieben könnte dann der Aufsichtsrat etwa so zusammengesetzt sein:

- \* Ein Drittel Vertreter der Belegschaft des Betriebs, um die konkreten und schöpferischen Ideen der dortigen Arbeiter einfließen zu lassen.
- \* Ein Drittel Vertreter des DGB, damit die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung berücksichtigt werden.
- \* Ein Drittel Delegierte der Bundesregierung, damit auch die Belange einer "breiteren Öffentlichkeit" nicht zu kurz kommen.

Unter solchen Umständen wäre die Wirtschaft und Industrie von der beklemmenden Herrschaft des Kapitals befreit und könnte in einer freien, gesunden Atmosphäre, unter der demokratischen Mitwirkung aller eine echte sozialistische und demokratische und Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgebaut werden.

## Weimar und Mitbestimmung

Die aktuelle Diskussion um die Mitbestimmung ist nichts neues in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Viele Argumente und Modelle lassen Ähnlichkeiten erkennen mit den Bemühungen der SPD- und Gewerkschaftsführung in der deutschen Revolution und der Weimarer Republik, an die Stelle der Sozialisierung der Industrie eine Form der "partnerschaftlichen Zusammenarbeit" zwischen Unternehmern und Arbeitern zu setzen. Der Ausgang der ganzen Sache enthält zugleich für die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik im Jahr 1976 wertvolle Lehren.

Ab 1917 verhandelten die Generalkommission der Gewerkschaften und führende Vertreter der Großindustrie über die Bildung einer Zentral-Arbeitsgemeinschaft. Nachdem im Laufe des Krieges bereits auf verschiedenen Gebieten eine Anzahl von paritätischen Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer und Gewerkschaften zustande gekommen war, kam es erst 1918 zu einer grundsätzlichen Einigung.

Die Unternehmer waren offensichtlich bereit, dieses Zugeständnis zu machen, um ihr System über die deutsche Revolution hinweg zu retten. Der Geschäftsführer des "Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller", Reichert, brachte diesen Gedanken klar zum Ausdruck:

"Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren?... Inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staats und der Regierung, gibt es für die Industrie nur in der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften."

Die Zentral-Arbeitsgemeinschaft wurde dann im November 1918 eingerichtet. Damals war Deutschland in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte. Unter diesem Druck waren die Unternehmer gezwungen, Acht-Stunden-Tag, Tarifautonomie und Koalitionsfreiheit zuzugestehen.

Am 4.12.1918 wurde eine Satzung verabschiedet, die als Aufgabe der "Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" vorsah: "gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschland berührende wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten..."

Die Unternehmer bekamen dadurch genügend Luft, und die Gewerkschaftsführer wurden zu wichtigen Rettern des Systems. Innerhalb der Gewerkschaften wurde eine starke Opposition gegen eine derartige "Sozialpartnerschaft" laut, und immer



wieder wurde mit knapper Mehrheit die Mitarbeit der Gewerkschaften in der Arbeitsgemeinschaft gutgeheißen, bis schließlich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund selbst im Januar 1924 die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft aufkündigte, weil es nicht gelungen sei, zu verhindern, "daß weite Kreise der Unternehmer wirtschaftlich und sozial eine Stellung nehmen, die unvereinbar ist mit dem Geist und den Vereinbarungen der Arbeitsgemeinschaft".

In einer vom DGB-Bundesvorstand 1970 herausgegebenen Broschüre heißt es dazu: "Der Versuch der Gewerkschaften, nach der Anerkennung ihrer Gleichberechtigung durch die Unternehmerverbände auf der Grundlage des Abkommens über die Arbeitsgemeinschaft Schritt für Schritt Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftsverfassung und -politik zu gewinnen, gelingt freilich nicht."

Auch das Betriebsrätegesetz war das Ergebnis erfolgreicher Remühungen der SPD- und Gewerkschaftsführung, die spontane Rätebewegung in den Griff zu bekommen und ihr die giftigen Zähne zu ziehen.

LINKS:  
REVOLUTIONÄRE  
ARBEITER UND  
SOLDATEN  
BEWAHREN DIE  
DORTMUNDER  
HAUPTPOST  
IN DER  
DEUTSCHEN  
REVOLUTION

Sie sollten mit begrenzten Rechten und dem Parlament und den Unternehmern untergeordnet existieren.

Phillip Scheidemann, einer der bedeutendsten SPD-Führer, sagte auf dem ersten Reichsrätekongreß wörtlich: "Ich habe die feste Überzeugung, daß die dauernde Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte bedeuten würde...den absolut sicheren Ruin unseres Handels und unserer Industrie, den absolut sicheren Untergang des Reiches. Die Räte können uns weder Brot noch Frieden schaffen..."

Der Kongreß beschloß dann, die oberste Macht einer Nationalversammlung zu übergeben, was einer Selbstentmachtung gleichkam. Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte legte jedoch Wert darauf, daß die Räte in der Verfassung verankert sein müßten, und die Regierung sprach sich für den "Ausbau der wirtschaftlichen Demokratie" und die Einrichtung von Betriebsräten aus.

Artikel 165 der Weimarer Verfassung erklärte die Arbeiter und Angestellten als berufen, "gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken".

Weiter sicherte der Artikel den Arbeitnehmern "zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen" gesetzliche Vertretungen in Form von Betriebsräten, Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeitererrat zu. Allerdings machte die Rätebewegung immer größere Rückzieher, bis sie letzten Endes völlig kastriert war.

Auch die weitere Einengung der Kompetenzen der Betriebsräte machte Fortschritte. Im Betriebsrätegesetz war dann schließlich die Rede davon, daß der Betriebsrat für die Wirtschaftlichkeit der Betriebsleitung sorgen und den Betrieb vor Erschütterungen bewahren soll, auch die Friedenspflicht galt für den Betriebsrat.

Fortsetzung Seite 6

# Massenentlassungen in Hamburg

Belegschaft und Betriebsrat der Hamburger Werkzeugmaschinenfabrik Heidenreich & Harbeck machten ihrer "maßlosen Empörung" in einer spontanen Demonstration vor den Werkstoren Luft: Für eine halbe Stunde blockierten mehrere hundert Arbeiter eine wichtige Straßenkreuzung im Stadtteil Barmbek und forderten in Sprechchören die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Anlaß war die Ankündigung der Unternehmensleitung, bis Ende 1977 stufenweise 800 der insgesamt 1100 Beschäftigten zu entlassen.

Die Vorgänge in diesem Unternehmen, das sich auf die Herstellung von Drehbänken spezialisiert hat, sind ein weiteres Beispiel für die Skrupellosigkeit, mit der die Konzerne ihre Profitinteressen auf dem Rücken der Arbeiter und ihrer Familien verfolgen.

Erst 1972 war die alteingesessene Hamburger Firma vom Gildemeister-Konzern aufgekauft worden; finanzielle Schützenhilfe leistete dabei die Westdeutsche Landesbank. Die Bielefelder Muttergesellschaft hatte jedoch von Anfang an nicht die geringste Absicht, Heidenreich & Harbeck langfristig weiterzuführen. Die Konzernstrategie bestand darin, zuerst die Substanz des Hamburger Unternehmens auszusaugen und es dann stillzulegen. Anstatt im Hamburger Zweigwerk zu investieren, gliederte die Gildemeister AG dessen vielversprechende Neuentwicklungen in ihr Bielefelder Stammwerk oder in andere Tochtergesellschaften aus.

So wurden also die heutigen Verluste von H & H, auf die die Muttergesellschaft zur Rechtfertigung der Massenentlassungen verweist, von der Konzernleitung ganz bewußt herbeigeführt; mit den Arbeitsplätzen der Hamburger Tochtergesellschaft wurde - so die Hamburger IG Metall - ein "zynisches Spiel" getrieben.

In ähnlicher Form - nach der Devise "aufkaufen, aussaugen, auslöschen" - entledigen sich schon seit Jahren viele Konzerne ihrer kleineren Konkurrenten und bauen nach und nach ihre Marktmacht aus.

## Mitbestimmung

Im Februar 1920 fand anlässlich der Behandlung des Betriebsverfassungsgesetzes vor dem Reichstag eine Kundgebung der USPD für mehr Mitbestimmung statt. Aus Angst vor einer Erstürmung des Reichstags durch die unbewaffnete Masse ließ der preußische Innenminister Heine (SPD) Polizei einsetzen - mehrere Tote waren die Folge.

Auch die Unternehmer fühlten sich bis dahin wieder stark genug, um gegen zu weit gehende Gesetze zu protestieren: "Der fünf ge Einfluß der Betriebsräte auf die Betriebsleitung, ihr Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, ihre jederzeitige Absetzbarkeit durch die Betriebsversammlung, der Zwang zur Vorlage der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnungen, die Abordnung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat erscheint so gefährlich für die Leitung, Ordnung und Leistungsfähigkeit der Betriebe, daß der Entwurf in dieser Form nicht Gesetz werden darf." (Reichsverband der deutschen Industrie) Die Entwicklung der Betriebsräte und die zunehmende Einengung ihrer Rechte war also ein gelungener Versuch, die Rätebewegung für die Unternehmer unschädlich zu machen und gleichzeitig die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der Frage der Sozialisierung abzulenken.

Der erste Rätekongreß hatte nämlich, die Stimmung in der deutschen Arbeiterklasse widerspiegelnd, sich für die Sozialisierung der Grundstoffindustrien und der großen Konzerne ausgesprochen. Der aus den Räten gebildete Rat der Volksbeauftragten mit Friedrich Ebert (SPD) an der Spitze rief darauf hin denn auch eine Sozialisierungskommission ins Leben, die jedoch - weil sie von der SPD-Führung mißachtet wurde - im Februar 1919 zurücktrat.

Obwohl die Sozialisierung von einer großen Mehrheit der Arbeiterklasse gefordert wurde, vertraten sowohl SPD wie auch Gewerkschaftsführung die Ansicht, daß eine Sozialisierung nicht in Frage komme.

Und der Redakteur des Correspondenzblatts, Paul Umbreit, brachte auf dem ADGB-Kongreß 1919 ein altes bürgerliches Vorurteil gegen die Sozialisierung vor: "Es heißt, den Sozialismus vor aller Welt ad absurdum führen, wenn man die erfahrenen Betriebsleiter durch kenntnislose Menschen ersetzt, die von der Größe ihrer Verantwortung keine blasse Ahnung haben."

Auch die IG Metall erhebt gegen die Hildemeister AG den Vorwurf, diese habe für H & H seit langem ein "Sterben auf Raten" vorgesehen; dabei sei von einer ständigen Falschinformation der Belegschaft nicht zurückgeschreckt worden.

Jahrelang hat der Konzern die qualifizierte Heidenreich-Belegschaft über das Schicksal ihrer Arbeitsplätze hinter das Licht geführt, über das in der Bielefelder Chefetage die Entscheidung längst gefallen war. Aber was zählt im Kapitalismus schon eine gesicherte Existenz von 1000 Arbeiterfamilien, wenn es für einige wenige Großaktionäre um die Maximierung ihrer Profite geht!

Vor zwei Jahren waren erstmals über 100 Arbeiter bei H & H entlassen worden - das war der erste Schritt in der wohlkalkulierten Konzernstrategie. Anfang dieses Jahres wurde dann bekanntgegeben, daß etwa 250 weitere Arbeiter "in mehreren Schüben" abgestoßen werden sollten.

"Wir sind doch kein Lazarett", verkündete damals höhnisch Werksleiter Pawallek, "wir werden die Spreu von Weizen trennen". Gleichzeitig wies jedoch die Konzernspitze die umlaufenden Gerüchte über weitere Entlassungen oder gar eine Schließung des Hamburger Werks noch entschieden zurück.

Jedoch schon wenige Wochen später, am Morgen des 15. März, kündigte Gildemeister-Vorstandsvorsitzender Bartelmeh in einer Betriebsversammlung die Entlassung von 800 der 1100 Beschäftigten bei H & H an. Betriebsratsvorsitzender Werner Herzberg: "Wir waren einfach schockiert".

Nach der jüngsten Ausweitung handelt es sich nun um eine der größten Entlassungsaktionen der letzten Jahrzehnte in der Hansestadt.

Allerdings sind nach Angaben der IG Metall allein in den letzten fünf Jahren in Hamburgs Metallbetrieben insgesamt schon 23 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Vor diesem Hintergrund hatte

- Also lieber alles beim alten belassen! - Die Arbeiter, so meint Umbreit, seien so oder so zu dumm, um selbst die Produktion gemeinsam in die Hand zu nehmen.

1923 mußten dann die deutschen Arbeiter spüren, daß auch auf dem Papier stehenden Mitbestimmungsgesetze und von den Unternehmern aus taktischen Gründen zugestandene Errungenschaften in einer kapitalistischen Gesellschaft nie dauerhaft sein können. Mit der Inflation sanken die Reallohne von Tag zu Tag, Millionen verarmten, die Gewerkschaften verloren über die Hälfte ihrer Mitgliedschaft und lösten sich praktisch auf, und diese Schwäche nutzten die Unternehmer sofort aus, um eine Reihe sozialpolitischer Errungenschaften abzubauen. Die Garantie des 8-Stunden-Tages wurde rückgängig gemacht. Die Arbeitgeber gingen sogar noch weiter: Sie forderten, daß die von ihnen unterstützten "Werkvereine" offiziell als Gewerkschaften anerkannt werden sollten. Dieser offensichtliche Bruch der Vereinbarungen der "Zentral-Arbeitsgemeinschaft" führte dann schließlich zum Austritt der Gewerkschaftsvertreter aus der Arbeitsgemeinschaft.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 machte dann noch einmal alle in der Zwischenzeit erzielten Erfolge zunichte. Der Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse sank von 1928 bis 1932 um die Hälfte. Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung wurden erhöht, die Arbeitslosenunterstützung drastisch gesenkt, Löhne und Gehälter erheblich herabgesetzt.

Die besten Betriebsrätegesetze und Ansätze zur "Wirtschaftsdemokratie" hatten nicht verhindern können, daß der Lebensstandard der Arbeiter wieder auf das Niveau von alten Vorkriegszeiten zurückfiel. Die Erfahrung der Weimarer Republik ist eine lebendige Lehre für die Arbeiterbewegung. Reformen sind im Kapitalismus nie dauerhaft und stabil. Daran können auch Versuche der Einflußnahme durch Mitbestimmung nichts ändern. Die Kapitalisten werden vielleicht Zugeständnisse machen, um damit von Grundlegenden Forderungen wie Gemeineigentum an Produktionsmitteln abzulenken, aber immer den günstigen Moment abzuwarten, um sich in einem Gegenschlag alles wieder zu holen.

Auch die Versuche, die Sozialisierung durch eine ständig erweiterte Wirtschaftsdemokratie überflüssig zu machen, sind gescheitert. Solange der Kapitalismus weiterbesteht, wird es immer solche Rückschläge geben. Annemarie Färber

bereits am 10. Februar - also noch vor der letzten Zuspitzung - eine große Solidaritätsveranstaltung für die von Entlassung bedrohten Kollegen bei H & H stattgefunden, an der rund 600 Betriebsräte und Vertrauensleute aus allen Hamburger Metallbetrieben teilnahmen.

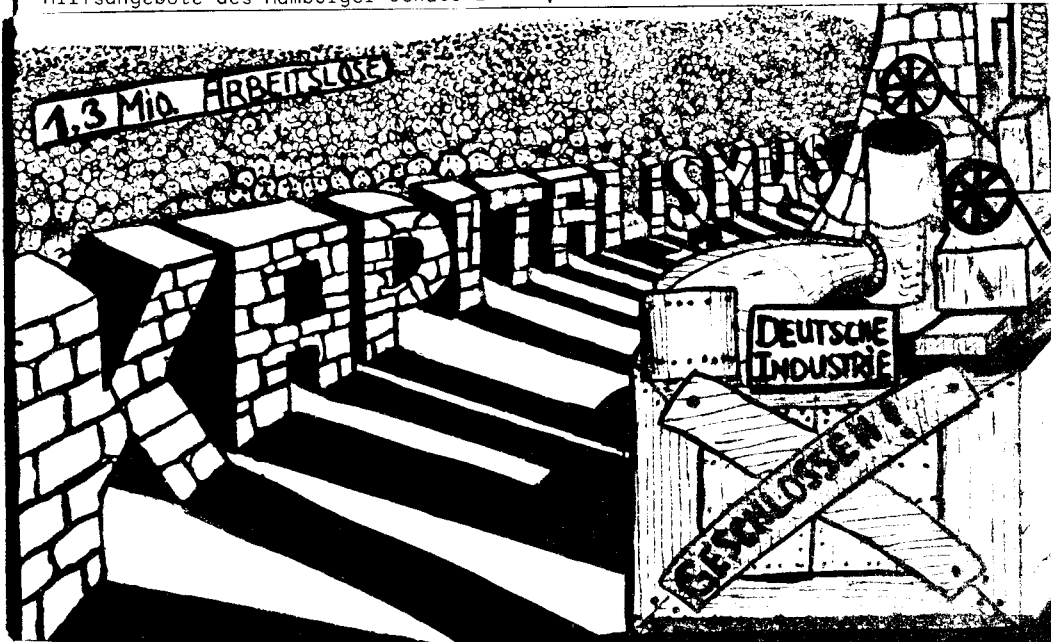
IG Metall-Bevollmächtigter Johannes Müllner hatte erklärt: "Wir sind in Hamburg an einer Schwelle angelangt, wo wir uns durch solidarische Aktionen auflehnen müssen gegen den erschreckenden Rückgang an Arbeitsplätzen in unserer Stadt." Nach der letzte Willkürmaßnahme des Bielefelder Konzerns - Ankündigung der 800 Entlassungen - rief die IG Metall zu einer großen Protestdemonstration am 18. März auf.

Daß für die Gildemeister-Bosse die völlige Schließung des Hamburger Werks - die endgültige Ankündigung scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein - seit langem eine beschlossene Sache ist, wird daran deutlich, daß der Konzern alle Hilfsangebote des Hamburger Senats in

den Wind schlug. Wirtschaftssenator Kern: "Wir haben jede Hilfe, bis hin zu Investitionszuschüssen, angeboten."

Der Unternehmerwillkür und dem rücksichtslosen Spiel mit Arbeitsplätzen ist mit staatlichen Finanzspritzen (die der "kleine Mann" durch seine Steuern bezahlen muß) oder irgendeiner Art von Investitionslenkung, die auf Freiwilligkeit beruht, eben letztlich nicht beizukommen.

Die Konzerne entscheiden über Investitionen, Arbeitsplätze und Stilllegungen einzig und allein im Hinblick auf das Ziel der Profitmaximierung. Deshalb bleiben auch Willenserklärungen wie die des Hamburger Bürgermeisters Klose, die Sicherung der Arbeitsplätze sei jetzt oberstes Ziel Hamburger Politik, Leere Phrasen solange der Staat nicht direkt - unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung - die Verfügungsgewalt über die marktbeherrschenden Konzerne übernimmt.



## Narrenfreiheit

Alle Jahre wieder darf - strikt nach dem Kalender - die breite Masse einmal fröhlich sein und eine Woche lange Dinge tun, die man verzeiht, weil eben Karneval ist. Am Aschermittwoch ist dann wieder Schluß damit.

Mitten in diesjährigen Karneval beklagte Axel Springers "Welt am Sonntag" (29.2.76.) die "Nartheit ohne Saison" in der internationalen Politik, während am Rhein die Narrenfreiheit am Rosenmontag ein verzeihlicher Tag im Kalender sei.

In Brüssel, so führt das Blatt an, säße ein Heer von hochbezahlten Eurokraten, die Butterberge und Weinkriege hervorzauberten und "unerlaubte Zutaten zum einstmaligen reinen Biere" erfunden hätten. Auch darüber, wie man die Arbeitslosigkeit beseitigen könne, mache sich Brüssel keine Gedanken, geschweige denn daß die "Eurokraten" etwas unternehmen würden.

"Politische Nartheit als Lebensform" - "Narrenspiel zweier Nato-Verbündeter" - "Seit zwei Wochen rammen zwei zivilisierte Nationen ihre Schiffe ineinander". Nur weiß die "Welt am Sonntag" nichts

gegen solche "Narreteien" anzubieten - sie steht ebenso perspektivlos da wie alle anderen bürgerlichen Zeitungen und Politiker.

Und unerwähnt bleibt in dem Kommentar auch ein besondere, kaum verzeihliche Form rheinischer Nartheit. Die hauptsächlich von Kölner Industriellen getragenen großen Karnevalsvereine haben sogar den Rosenmontagszug mißbraucht, um auf einem Festwagen die Arbeitslosen als Faulenzer zu denunzieren: Auf einem Festwagen nahm ein im Bett liegender Arbeitsloser strahlend sein Arbeitslosengeld von einem Geldbriefträger in Empfang. Wer genießt hier wohl Narrenfreiheit?

Weshalb sollte das "gemeine Volk" auch nur an einem Wochenende im Jahr Narrenfreiheit genießen dürfen und sich von den Entbehrungen und Frustrationen austoben dürfen? In einer sozialistischen Gesellschaft, die die politische Nartheit nicht mehr kennen würde, gäbe es für die übergroße Mehrheit unserer Bevölkerung genug Grund, um immer fröhlich zu sein, und nicht nur zur Nartheit nach Kalender.

Wer heutzutage in eine knackige Brühwurst beißt, der sollte besser nicht wissen, was er da verspeist, denn sonst würde ihm vielleicht der Bissen im Halse steckenbleiben. Denn kaum einer eine Ahnung, daß die Brühwurst eine der billigen Wurstsorten ist, für die sogenanntes "Restfleisch" verwendet werden darf.

Restfleisch sind alle die Reste, die bei der Trennung von Fleisch und Knochen an den Knochen hängenbleiben. Knochenputz (Fleischreste, Bindegewebe, Fettgewebe, Knorpel- und Knochenstücken) wird bei Massenproduktion der Koch- und Brühwurst beigemischt. Für die kleinen Schlächtereien ist das mühsame Trennen von Fleischresten und Knochen unrentabel, aber die fleischverarbeitende Industrie hat dieses Problem bewältigt:

Die ganzen Knochen werden zerrieben und dann in eine Zentrifuge geschüttet. So werden Weich- und Knochenteile voneinander getrennt, und das entstehende Produkt nennt der Fachmann dann Separatorenfleisch. Neben einfachen Knochen werden jedoch oft auch ganze Rinderköpfe (einschließlich Maulschleimhäute und Nasenschleim), Rinderhälse, Schweineschwänze, Hühnergerippe und ähnliches "verarbeitet".

Hier werden wohl viele sagen, daß dies doch eine Gefahr für unsere Gesundheit bedeutet und obendrein zwangsläufig kleine Knochenstücke in die Wurst mit reinkommen werden, die man dann zwischen den Zähnen spüren kann. Aber auch daran hat die Industrie gedacht: Sie verwendet "Weichmacher", um den Knochenabrieb unbemerkbar zu machen: phosphathaltige Salzlösungen und Nitrit-Pökelsalz. Dies ergibt dann auch eine so schöne rosarote appetitliche Farbe.

## Mahlzeit!

Nun wehren sich die Hersteller solcher "Lebensmittel" beharrlich dagegen, daß Wurst mit Separatorenfleisch als Zusatz gekennzeichnet werden soll, an ihrer Spitze die Firma Herta KG Karl Schweinfurth. Es ist besser, wenn der Wurstkäufer nicht erfährt, daß er Dinge verzehrt, die eigentlich für Hunde- und Katzenfutter geeignet wären - nicht aber für menschliche Verzehr. Prost Mahlzeit. Nur wer sich immer gute und teure Wurstwaren leisten kann, dem kann es wurst sein.

# SELBSTMORD

Aus Hamburg kam die Nachricht, daß am dortigen Lehrerseminar 5 angehende Volks- und Realschullehrer im vergangenen Jahr Selbstmord begangen haben. Diese Tatsache wurde zwar zunächst mit Schulterzucken aufgenommen; andere Seminarerklärten jedoch, daß die Furcht, keinen Arbeitsplatz zu finden, maßgebend für die Selbstmorde gewesen sei. Und dies nicht ohne Grund: Zum 1. Februar dieses Jahres konnten von 350 Absolventen des Studienseminars 180 keine Arbeit finden.



# SORGEN

Selbst die treuen und ernsthaften Anhänger und Verfechter des Kapitalismus in Westeuropa sind untereinander zerstritten. Ein gutes Beispiel gab die Auseinandersetzung zwischen den Frankfurter Allgemeinen und dem französischen Industriellenverband ab.

Am 16. Februar hatte die FAZ in einem Kommentar unter dem Titel "Schicksalhafte Versäumnisse" das heutige Frankreich mit dem vor 200 Jahren, kurz vor der französischen Revolution verglichen, nämlich wie hartnäckig damals die führenden Persönlichkeiten "das dumpfe Grollen aus der Tiefe des sozialen Vulkans" überhörten, "wie hemmungslos der 16. Ludwig auf den Staatsbankrott zusteuerte". Der Leitartikel fährt fort mit der Feststellung, daß auch heute noch in Frankreich die Klassengesellschaft erhalten sei.

Nun habe zwar Staatspräsident Giscard eine Reformkommission einberufen, die etwa eine Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer an den Aufsichtsgremien der Großunternehmen nach dem Vorbild des deutschen Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 vorgeschlagen hat. Aber das "patronat francais", der französische Unternehmerverband, hat alle Vorschläge, den französischen Kapitalismus etwas mehr in Sozialstaatskleid zu stecken, abgelehnt. In ihrer Sturheit, so beklagt sich die FAZ, hätten die Unternehmer sogar noch zusätzliche Vergünstigungen für sich gefordert!

Tief besorgt meint der Kommentator, daß "die Schicksale der freien Völker Westeuropas heute mehr denn je verflochten" seien, "im guten wie im bösen". Er fühlt sich verpflichtet, das zu sehen, was der andere permanent versäumt. "Denn die Folgen werden unweigerlich das ganze freie Europa treffen".

In der bürgerlichen Öffentlichkeit Frankreichs hat dieser Kommentar einigen Staub aufgewirbelt. Verschiedene Persönlichkeiten haben sich entrüstet, aufgeregt, Ministerpräsident Chirac hat darüber sogar im Fernsehen debattiert. Das "patronat francais" sprach von "purer Diffamierung" und einer diskreditierung der konkurrierenden französischen Unternehmen.

Demgegenüber stellte die FAZ wiederum noch einmal klar, was die Motive für jenen Leitartikel waren - und zwar in einem weiteren Kommentar am 4. März. Nämlich: "Sorge um den gesellschaftlichen Zustand und die politische Zukunft des Nachbarn und Partners Frankreich", ...Sorge... "weil politische Gefahr im Verzuge ist".

Das Nachspiel des Leitartikels habe die Befürchtungen der FAZ sogar noch bestätigt: "Die offiziellen und halb-offiziellen Reaktionen aus Frankreich jedoch dämpfen nachhaltig die Hoffnung, aus Kritik könne im vorliegenden Falle ein Denkanstoß werden.

Jeder Sozialist kann aus solchen "Skandalchen" Zuversicht schöpfen. Denn es geht um nichts anderes als ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Teilen der Kapitalistenklasse, wie sie in Zukunft mit der immer stärker werdenden Arbeiterbewegung fertig werden kann und wie eine letzten Endes tödliche Gefahr für die Kapitalisten als Klasse noch rechtzeitig abgewendet werden kann.

Auf diese Weise drückt die herrschende Klasse ihre Angst vor der Zukunft aus. Die FAZ will nichts anderes sagen, als daß ganz Westeuropa am Anfang einer stürmischen Epoche steht und der Kampf der Arbeiter in einem Land zwangsläufig den Klassenkampf in den anderen Ländern beschleunigen wird. Nach ist Westeuropa "frei" - nach haben die Kapitalisten die Freiheit, ihrem Profitstreben alles andere unterzuordnen.

Richard Hummel

# ANGOLA:

# Imperialismus geschlagen

500 Jahre lang war Angola ein Land, das doppelt so groß ist wie Frankreich, die Perle in der Krone des portugiesischen Reiches. Große Kupfer-, Diamanten- und Erdölvorkommen und weite Flächen fruchtbarsten Ackerlandes machen Angola potentiell zu einem der reichsten Länder Afrikas.

Aus diesem Grunde hatten auch die geringen Kapitalisten der Nachbarländer Zaire, Sambia, Kongo und Süd-Afrika sowie die Großmächte einschließlich China ihre schmutzigen Finger im Spiel.

In Gegensatz zu Mocambique oder den anderen portugiesischen Kolonien, die allerdings finanziell oder strategisch weniger wichtig waren, wurde mit bewusster Hilfe der Imperialisten die nationale Befreiungsbewegung in drei gespalten: MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas), FNLA (Nationale Front für die Befreiung Angolas), und UNITA (Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas).

Die FNLA bekam Unterstützung von den Kapitalisten Zaires - ihr Führer Holden Roberto ist einer der Großunternehmer des Landes und Präsident Mobutu sein Schwager. Roberto bezieht seit 1961 ein jährliches Gehalt in Höhe von \$10 000 vom CIA.

Die FNLA wurde massiv von den USA indirekt durch Zaire unterstützt. Die UNITA wurde von Sambia und dem rassistischen Süd-Afrika unterstützt.

Trotzdem konnte die MPLA schnell mit UNITA und FNLA fertig werden. Entscheidend war nicht so sehr die Hilfe von der UdSSR durch Castros 5 000 kubanische Soldaten, sondern eher die einfache Tatsache, daß weder FNLA noch UNITA wirkliche Unterstützung in der Bevölkerung genossen.



Angolanische Soldaten

Die MPLA konnte mit der Masse der Arbeiter in Luanda und den anderen Städten und Bergbaugebieten, den kleinbürgerlichen Massen in den Städten und mit der Landbevölkerung rechnen.

Nach dem Eindringen einer süd-afrikanischen motorisierten Kolonne, angeblich zur Verteidigung der Arbeiter am Cunene-Staudamm, in Wirklichkeit aber zur Unterstützung der UNITA im Interesse Süd-Afrikas, verlor die UNITA jegliches mögliche Ansehen unter der schwarzen Bevölkerung. Söldner aus den USA und Großbritannien nützten nichts. Selbst diese brutalsten kriminellen Elemente sahen die Aussichtslosigkeit gegen die MPLA zu kämpfen und es kam zu Meutereien nicht nur unter den regulären schwarzen Truppen, sondern auch unter den Söldnern.

Dies ist ein klarer Ausdruck der Schwäche des Imperialismus, verglichen mit den guten alten Zeiten der europäischen Kolonialherrschaft in Afrika, wo die weißen Herren hochmütig über gehorsame Völker herrschen konnten.

Es bleibt noch abzuwarten, ob die Imperialisten jetzt mit der alten Taktik des "Teile und Herrsche" die verschiedenen Stämme in Angola noch gegeneinander ausspielen können. Aber die MPLA wird wahrscheinlich enorme Popularität auch unter den Stämmen erringen, die anfangs die FNLA und die UNITA unterstützt hatten.

Um ihren Krieg zu gewinnen, mobilisierte die MPLA die Arbeiter der Großstädte. Sie waren ohnehin weitgehend radikalisiert, und schon im Frühjahr 1975 streikten die Hafnarbeiter für höhere Löhne und baldige Unabhängigkeit.

Die bürgerliche Presse hierzulande bezeichnet die MPLA als "marxistisch".

Diese "Marxisten" brachen jedoch, damals noch als Koalitionspartner in einer Regierung mit der FNLA, der UNITA und den Portugiesen die Streiks.

Jene Übergangsregierung verabschiedete ein Gesetz, das "lei de mobilizacao", das streikende Arbeiter dem Militär unterstellt. Francos Nachfolger Juan Carlos wendet die gleiche Maßnahme gegen kämpfende spanische Arbeiter an. Lopo do Nascimento, jetzt Angolas Premierminister, rechtfertigte das "lei de mobilizacao", und die von der MPLA geführte Hafnarbeitergewerkschaft SINTAPA verurteilte die Streiks. Aber die MPLA wurde dann gezwungen, die Arbeiter und Halbproletarier der Städte auszunutzen, um gegen die FNLA und UNITA zu kämpfen.



In den Städten hatten sich die Massen in "Volkskomitees" organisiert, die eine Rolle beim Herausdrängen der FNLA aus der Hauptstadt Luanda im Sommer 1975 spielten. Die Volkskomitees wurden dann im Oktober von der MPLA aufgelöst und unter direkter Kontrolle der MPLA neugegründet.

Die Führer der MPLA haben ständig verneint, daß sie Sozialisten seien: Agostinho Neto, MPLA-Führer sagte in der "New York Times" vom 21.4.75.: "Ich bin kein Kommunist. Ich bin kein Sozialist. Ich bin vor allem Patriot." Tatsächlich gehen die Forderungen im Programm der MPLA nicht über den Anspruch auf ein "republikanisches und demokratisches Regime" hinaus. Was können wir als Marxisten für die Zukunft Angolas und des südlichen Afrika erwarten?

Zweifellos ist das MPLA-Regime sehr populär. Einzelne Betriebe sind schon unter "Volkskontrolle" gesetzt worden, nachdem deren Arbeiter bereits die alten Herren herausgeworfen und die Betriebe unter Arbeiterkontrolle gestellt hatten.

## Verstaatlichung

Die MPLA wird aber ihr Prestige wahrscheinlich ausnutzen, um unabhängige Aktionen der Arbeiterklasse zu unterbinden. Trotzdem wird sie wahrscheinlich eben durch diesen revolutionären Druck der Massen gezwungen werden, ähnlich wie die anfangs kleinbürgerlich-nationalistische Bewegung Castros in Kuba, Verstaatlichungen durchzusetzen und einen deformierten Arbeiterstaat aufzubauen.

Als Castro in Kuba mit seiner Bauernarmee die Macht ergriff, wollte er zuerst nichts anderes als eine bürgerliche Demokratie nach dem Muster der USA. Sein Ideal war die amerikanische Verfassung aus dem 18. Jahrhundert! Die liberalen amerikanischen Kapitalisten unterstützten Castro. Erst als sich die amerikanischen Obst- und Zuckerkonzerne weigerten, höhere Steuern zur Finanzierung von Sozialreformen zu zahlen, sah sich Castro gezwungen, sie zu verstaatlichen.

Ein ähnlicher Prozess scheint sich jetzt in Angola abzuspinnen. Die MPLA verspricht hochheilig, daß kein ausländischer Konzern angetastet würde, und erhielt sogar eine Überweisung in Höhe von \$102 Mio. von der amerikanischen Erdölgesellschaft Gulf Oil Corporation.

Wenige Wochen später jedoch wurde berichtet, (Frankfurter Rundschau 19.3.76) daß Gulf Oil dennoch verstaatlicht werden soll. Jeder Sozialist muß vorbehaltslos solche Schritte begrüßen.

Das Regime wird aber ein Krisenregime bleiben, wenn es nicht sofort alle ausländischen Firmen verstaatlicht und auch die einheimischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer enteignet. Also müßten Marxisten in Angola fordern:

- Sofortige Verstaatlichungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle
- Sofortige Bodenreform zugunsten der Kleinbauern
- Musterkollektivierung von Plantagen
- Zinsfreie Kredite für alle Kleinbauern und -Händler.

Die Anwesenheit Kubas, das auch die Absicht hat, auf Dauer da zu bleiben, wird

diesen Prozess beschleunigen. Marxisten begrüßen diese Wendung in der Außenpolitik Kubas und der Sowjet-Union, die zum ersten Mal seit unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg eine Offensive gegen die Imperialisten aktiv unterstützten.

Trotzdem bleibt es eine Tatsache, daß die revolutionären Aufstände in Osteuropa 1944-48 nicht zu Arbeiterdemokratien wie in Rußland 1917-23 sondern zu bürokratisierten Polizei-Staaten führten!

Nun hat sich herausgestellt, daß innerhalb der amerikanischen herrschenden Klasse eine Spaltung stattgefunden hat, bei der die "liberalen" Kapitalisten die beste Vertretung ihrer ausbeuterischen Interessen in einer Politik der Versöhnung und also Fortsetzung des Daseins der großen Konzerne in Angola sahen, während die "harten" (Präsident Ford, Dr Kissinger) ein neues Vietnam in die Wege leiten wollten.

Es ist ein Zeichen für die veränderten Kräfteverhältnisse in der einst allmächtigen amerikanischen Kapitalistenklasse seit der Niederlage in Vietnam und der Watergate-Affäre, daß der Senat es ablehnte, weitere heimliche Hilfe an die FNLA und die UNITA zu schicken - eine schroffe Abfertigung für US-Außenminister Kissinger.

Süd-Afrika fühlte sich plötzlich im Stich gelassen. Nach Aussagen ihrer Regierungsminister war Süd-Afrika in Angola nach der Zusicherung unverzüglicher materieller Hilfe durch Washington einmarschiert. Südafrika konnte sich deshalb nur zähneknirschend zurückziehen.

Es ist klar, daß Amerika nicht mehr "Weltpolizist" spielen kann, und daß Südafrika bei weitem nicht "militärisch unbesiegbar" ist. Zwei Mythen mit einer angolanischen Klappe geschlagen.

## Rhodesien und Südafrika

Der Sieg der Revolution in Angola hat ein neues Kräfteverhältnis im südlichen Afrika herbeigeführt. In Zimbabwe

("Rhodesien") ist das weiße Siedlerregime Ian Smiths in die Zange geraten. Es können 350 000 ausgebildete Kämpfer aus Mocambique gegen Smiths 20 000 Männer- und Frauenarmee mobilisiert werden.

Im Februar schickte London seinen Sonderbotschafter Lord Greenhill im Auftrag der Imperialisten der Welt nach Salisbury, um Smith zu drängen, einer schwarzen Mehrheitsregierung zuzustimmen, bevor es zu spät sei.

Selbst diese verzweifelte Versuchswerden vergebens bleiben, weil Smith mit dem bankrotten Liberalen Joshua Nkomo verhandelt, der inzwischen seinen Einfluß auf die kämpferischen Vertreter der Afrikaner verloren hat.

Vor allem aber zaudert die südafrikanische herrschende Klasse. Sie fühlt schon seit der großen Streikwelle von 1972/73, wie der Boden unter ihren Füßen wankt. Es kann Premierminister John Vorster kaum beruhigen, wenn er hört, daß die überwältigende Mehrheit der schwarzen Arbeiter die MPLA unterstützt.

Es ist nicht auszuschließen, daß es dem Regime bis zu einem gewissen Zeitpunkt gelingt, die Freiheitsbewegung der SWAPO (Organisation der Südwestafrikanischen Völker) in Namibia einfach durch militärischen Druck einzudämmen. Innerhalb Südafrikas aber bietet sich ein völlig anderes Bild:

Die schwere kapitalistische Krise zwingt die schwarze Arbeiterklasse noch mehr zum Kämpfen. Nach der bitteren Erfahrung mit Demonstrationen und erfolgreichen Streiks fürchtet jetzt die herrschende Klasse die Arbeiter in der Tat noch mehr als die Guerilla-Bewegung.

NICHT ALS TEIL DER NATIONALISTISCHEN BEWEGUNG, SONDERN ALS EINE UNABHÄNGIGE KRAFT ERSCHEINT JETZT DIE AFRIKANISCHE ARBEITERKLASSE AUF DER BILDFLÄCHE!

Die südafrikanische Arbeiterklasse ist die größte Afrikas. Die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung wohnt jetzt in den Städten. Die Befreiung Guinea-Bissaus, Mocambiques und Angolas ist der erste Schritt der Revolution in ganz Afrika.

Der einzige Ausweg für die Arbeiter und die armen Massen ist der sozialistische Weg. Auf der Grundlage der hochentwickelten Wirtschaft in Südafrika und der riesigen Rohstoffreserven des Kontinents wäre es durch die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Afrika möglich, einen Wirtschaftsplan aufzustellen und Rassismus, Ausbeutung, Armut und Krankheit für immer zu beseitigen.

# LOHNVERZICHT

FORTSETZUNG VON DER VORDERSEITE

Die Gewerkschaftsführung muß noch viel mehr als bisher über die Hintergründe aufklären und kämpferisch die demokratisch aufgestellte Forderung vertreten. Sie darf nicht, wie schon manchmal in der Vergangenheit, die Forderung abschwächen und schließlich in den Verhandlungen den Bossen meilenweit entgegenkommen.

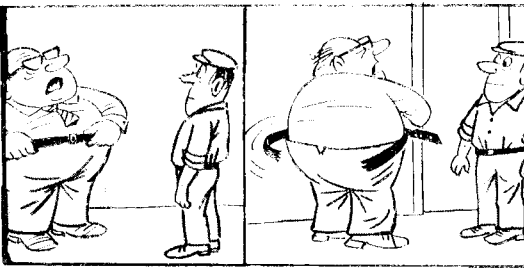
Selbst 5,4 Prozent sind ein Zugeständnis der Bosse gegenüber ihrer ursprünglichen Idee von 4 Prozent, aber das reicht bei weitem noch nicht aus, um den Lebensstandard zu halten.

## Führung

Damit die Gewerkschaftsführung auch wirklich voll und ganz die Mitgliedschaft vertritt, darf kein Funktionär mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn (Spesen und Überstunden natürlich ausgenommen), müssen alle Funktionäre demokratisch wähl- und abwählbar sein.

Kein Lohnforderung darf unter dem Satz liegen, der zur Haltung des Realeinkommens notwendig ist. Dazu muß in Zukunft

auch für einen garantierten Mindestlohn von 1200,- DM netto und die 35-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich gekämpft werden.



IST DAS GERECHTIGKEIT UND DEMOKRATIE, WENN NUR EINE KLEINE MINDERHEIT... DEN GÜRTEL ENGER SIEHNALLEN SOLL?

Wir müssen uns fragen, wie in Zukunft die Gewerkschaften die vollen Forderungen durchsetzen können. Die Errungenschaften, die bisher erzielt wurden, waren erst möglich, als die Arbeiterklasse ihre Bereitschaft zum Streik gezeigt hat. Dies war auch 1973 der Fall, als nach einem einwöchigen Streik in Nordwürttemberg/Nordbaden für bessere Arbeitsbedingungen die Arbeitgeber den meisten Forderungen der Gewerkschaften nachgaben.

Die Gewerkschaften müssen jetzt gegen jeglichen Rückschritt kämpfen. Dazu müssen sie selbst wieder echte Kampforganisationen werden, mit vollen demokratischen Rechten für alle Mitglieder. Wir haben jedoch in den letzten Jahren auch erfahren, wie alle Zugeständnisse, die durch die Lohnkämpfe der letzten Jahre erreicht wurden, ständig durch Preissteigerungen, Steuererhöhungen und den Abbau übertariflicher Zulagen abgefressen wurden. Daran hat auch die Konzepte Aktion nichts geändert. In ihr haben die Unternehmer, die Bankiers und die Bundesregierung nur ständig versucht, die Gewerkschaftsführung einzuschüchtern und ihr ein angebliches "Gesamtwohl" vorzugaukeln. Deshalb ist die bei verschiedenen Gewerkschaftskongressen lautgewordene Forderung nach Austritt der Gewerkschaftsvertreter aus der Konzentrierten Aktion lauter denn je!

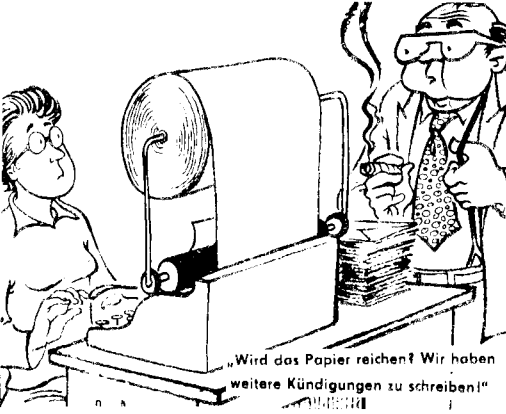
## SPD

Schließlich muß nun endlich - und vor allem im Wahljahr - die SPD Farbe bekennen. Viele SPD-Ortsvereine und auch SPD-Bundestagsabgeordnete haben sich auf die Seite der Arbeiter und der Gewerkschaften gestellt, aber immer noch fehlt ein klares Wort von unserer Parteiführung.

Sie hat in der Bundesregierung allzu sehr Rücksicht auf die Unternehmerpartei FDP genommen - eine Rücksicht, die sich nicht ausgezahlt hat. Jetzt ist es an der Zeit, daß die SPD-Führung klar die kämpfenden Arbeiter unterstützt und sich ihre Politik nicht länger von der kleinen Partei des Großkapitals diktiert läßt. Sie muß jetzt den offenen Bruch mit der FDP wagen, zumal die FDP ohnehin mehr und mehr mit der CDU liebäugelt! Auf dem Wahlparteitag im Juni muß die SPD ein Aktionsprogramm gegen die Krise aufstellen, mit dem sie dann in den Bundestagswahlkampf zieht. Dieses Programm muß ganz klar sagen, was für Reformen die Partei erkämpfen will und wie die Sozialleistungen weiter ausgebaut werden sollen. Und dafür müssen dann die Arbeiter Angestellten, Rentner und Jugendlichen mobilisiert werden. Die SPD muß ihren Anhängern und den Millionen überzeugend klarmachen, daß sie es ernst meint. Eine sozialistische Offensive gegen das Kapital, für die Verstaatlichung der Großkonzerne, für demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung könnte den Widerstand der Kapitalistenklasse endgültig brechen und eine Gesellschaftsordnung beenden, die letzten Endes nur immer Unsicherheit und Angst vor dem morgigen Tag kennt.

## Dauerarbeitslosigkeit

FORTSETZUNG VON DER VORDERSEITE



Wird das Papier reichen? Wir haben weitere Kündigungen zu schreiben!

Bereits seit Anfang der 70er Jahre haben die Konzerne begonnen, langfristig Arbeitsplätze abzubauen. Der Niederrücken-Konzern Triumph hat die Zahl der Beschäftigten von 11 400 im Jahre 1970 auf 5 200 Anfang 1976 reduziert, also um die Hälfte. Dabei stieg der Umsatz pro Kopf der Beschäftigten von 30 000 DM auf 41 000 DM. Nun sollen zwei weitere Werke in der Bundesrepublik geschlossen werden.

1000 Arbeitsplätze sind bei den Hanfwerken Füssen-Immenstadt in Gefahr. In München droht 580 Arbeitern und Angestellten der Comput-Werke (die dem Zeiss-Konzern gehören) die Entlassung. Der städtische Schlachthof Wuppertal wird zum 1.7.77. schließen - 400 Menschen dürfen sich dann nach einer anderen Arbeit umsehen!

Die SWA Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg mit 1100 Beschäftigten hat den Konkurs angemeldet; nach Auskunft des Konkursverwalters kann das Werk weitergeführt werden, wenn 200 bis 300 Leute entlassen werden.

So bietet sich in allen Ecken und Enden der Republik Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten die Lage: Weitere Furcht vor Entlassungen, soziale Unsicherheit, verstärkte Arbeitshetze.

In verschiedenen Randgebieten der Bundesrepublik hat die Arbeitslosigkeit die 8-Prozent-Schwelle weit überschritten: In Westholstein, Ostfriesland, im Raum Göttingen, Sauerland, Trier/Bitburg, Saarbrücken und im Gebiet zwischen Oberpfalz, Bayerischem Wald und Passau.

Mehr und mehr Menschen müssen sich mit der Idee anfreunden, Dauerarbeitslose zu sein und mit erheblichen finanziellen Einbußen auskommen zu müssen.

Eine 45jährige arbeitslose Frau hat in Passau bei einem Banküberfall 44 500 DM erbeutet. Sie hatte sich durch Ratenkäufe stark verschuldet und sah keine Möglichkeit mehr, die Schulden abzuzahlen. Als die Polizei in Wohnung kam, versuchte die Frau, sich das Leben zu nehmen. So zwingt der Kapitalismus die Menschen dazu, selbst äußersten Mitteln zu greifen. Aber nicht sie, sondern das kapitalistische System sollte jetzt angeklagt werden!



Seit nun fast einem Jahr schleppen sich die blutigen Kämpfe im Libanon von "Waffenstillstand" zu "Waffenstillstand", von "Reformprogramm" zu "Reformprogramm". 14 000 Tote, 50 000 Verwundete - das ist die bisherige Bilanz, bei einer Bevölkerungszahl von 3 Millionen. "Der Libanon droht in Chaos zu versinken" (Südwestpresse vom 23. März).

Das von Staatspräsident Franchieh am 14.2.76 verkündete politische Reformprogramm zum Aufbau eines neuen Libanon hat Moslem-Milizen und christliche Falangisten genau einen Monat lang "zur Vernunft bringen können". Tausende von Toten, nur um eine konfessionelle Fixierung der drei wichtigsten Ämter im Staate und eine gleichmäßige Aufteilung der Parlamentssitze zwischen Moslems und Christen zu erreichen? Es geht um mehr als den rechten Glauben.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt uns, daß die Ursachen solcher Auseinandersetzungen nicht religiöse Meinungsverschiedenheiten sind, sondern konkrete Widersprüche in der Gesellschaft, zwischen gesellschaftlichen Gruppen, zwischen der unterdrückten und der unterdrückenden Klasse.

Der Staat Libanon entstand als Produkt des französischen Imperialismus, der sich im östlichen Mittelmeer eine Machtbasis schaffen wollte. Als Verteidiger der französischen Interessen war-

den die Christen als materiell bestochene Stütze für die herrschende Klasse eingesetzt. Riesige Kapitalströme aus Frankreich, USA und den arabischen Schichtübern flossen in das Land. Der Libanon - nicht umsonst die Schweiz

## LIBANON

### Glaubenskrieg? BÜRGERKRIEG

des Orients genannt - wurde zum bedeutendsten Umschlagplatz für Kapital und Handel. Die größten Banken, mit dem Finanzkapital der USA und Westeuropas eng verflochten, stehen oder besser standen in Beirut. Über sie liefen fast alle Transaktionen, die im profitablen Geschäft mit dem arabischen Öl gemacht wurden. Um diese überaus günstigen Bedingungen für die Kapitalistenklasse zu zementieren, sah die Verfassung vor, daß die Maroniten (Christen) im Parlament stets stärker vertreten waren als die Moslems. Neben dieser Absicherung haben sich die maronitischen Bankiers Gangster-Milizen nach dem Vorbild Francos aufgebaut, um ihre Privilegien zu verteidigen.

Auf der anderen Seite haben die Arbeiter und Bauern beider Konfessionen die Mehrheit der Bevölkerung im Zusammenschluss. Die libanonesischen Arbeiter schloß die Lage vor "den Bräuten" auf den medizinischen Aspekt herauszugreifen, wie berechtigt die unerschütterlichen Forderungen nach sozialen Reformen sind. Nicht nur in den palästinensischen Lagern herrschen unbeherrschbare soziale Zustände - z.B. ein Wassermangel für 500 Personen - im Süden des Landes, in dem die Verhältnisse noch rein feudalistisch sind, gibt es dort ganz ohne Wasser, auch ohne Strom. Von dort fliehen seit

## Kampfprogramm

In den Gewerkschaften wird auf breiter Ebene diskutiert, wie die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden kann. Bei vielen Konferenzen haben Kollegen die Garantie des "Rechts auf Arbeit" gefordert. Konkrete Vorschläge hat der Kollege Karl-Heinz Janzen in der Zeitschrift der IG Metall gemacht:

- Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Arbeiter
- Verkürzung der Arbeitszeit durch regelmäßige Erholungspausen
- Verkürzung der täglichen, wöchentlichen, monatlichen oder gar jährlichen Arbeitszeit
- Verlängerung des Jahresurlaubs
- Verlängerung der schulischen Ausbildungsdauer.

Dies sind in der Tat ganz wichtige Kernpunkte für ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit. Aber gleichzeitig muß auch festgestellt werden, daß solche Forderungen nicht zu einer Lohnsenkung führen dürfen!

Solange die Großkonzerne in diesem Lande das Sagen haben, werden sie sich jedoch mit allen Mitteln weigern, unsere gerechten Forderungen anzunehmen. Deshalb müssen die Gewerkschaften für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ihre Millionen Mitglieder auf breiter Ebene mobilisieren.

Zum Jahrestag der Fabrikbesetzung bei Seibel und Söhne in Erwitte hat der DGB-Vorsitzende Vetter vor 3000 Teilnehmern einer Solidaritätskundgebung am 10. März die unverminderte Notwendigkeit gewerkschaftlicher Solidarität betont und festgestellt, daß nicht nur in Erwitte, sondern auch anderswo die Unternehmer versuchen, die Lasten der Krise auf die Arbeitnehmer abzuwälzen,...

Der DGB muß jetzt ein klares zentrales Kampfprogramm gegen die Krise aufstellen und dafür mobilisieren:

- Keine Entlassungen!
- Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn für alle!
- Garantierte Lehrstellen für alle Schulabgänger!
- Garantierte Arbeitsplätze für alle Lehrlinge!
- Keine Spaltung der Arbeiter in Deutsche und Ausländer!
- Aufteilung der vorhandenen Arbeit unter alle Arbeiter!
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Für einen garantierten Mindestlohn von 1200,- netto!
- Für die Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- Für eine sozialistische Planwirtschaft auf der Grundlage eines demokratisch erstellten Plans!

## Für die 35-Stunden-Woche

Schon das DGB-Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1963 hat eine Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum gefordert. Dies ist die einzige wirkliche Lösung im Interesse der Millionen Arbeiter und Angestellten. Denn eine vernünftig geplante sozialistische Wirtschaft könnte das kapitalistische Wirtschaftschao für immer zu den Akten legen und uns in eine hellere Zukunft führen!

Krankenversicherung gibt es nur für Beamte und ein paar Angestellte. Allein die Diagnose kann schon 100 Pfund kosten, ein Arbeiter verdient etwa 300 Pfund monatlich. Jedes Medikament muß bezahlt werden. Ein Krankheitsfall kann eine ganze Familie ruinieren." Dazu kommt noch hohe Arbeitslosigkeit, Unterernährung und hohe Kindersterblichkeit. Den Bauern wird seit der Staatsgründung von den Kapitalisten versprochen, daß ihr Land besser und mehr bewässert wird. Der Kunstdüngerpreis hat sich im letzten Jahr verdoppelt. Kredite gibt es nur bei Zinsraten von 25 bis 60 Prozent.

Auf der einen Seite Leben unter dem Existenzminimum, auf der anderen üppiger Reichtum, Luxusautos, Privatstrände. Dies sind die gesellschaftlichen Widersprüche, die Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die den wahren Grund der blutigen Auseinandersetzung darstellen.

DIE EINZIGE KRAFT, DIE IN DER LAGE IST, DIE TIEFEN RELIGIÖSEN RISSE IM LIBANON ZU ÜBERWINDEN, IST EINE SOZIALISTISCHE ARBEITERBEWEGUNG, DIE AUF DEN GEMEINSAMEN KLASSENINTERESSEN DER ARBEITER UND BAUERN ALLERKONFESSIONEN AUFBAUT.

Der ursprüngliche Eingriff des "Nationalen Ausschusses" über die Grenzen der westlichen Welt hinaus war ein Versuch, die libanonesischen Arbeiter, die in der Zeit der Unabhängigkeit im Kampf um die soziale Rechte im Libanon kämpften, zu einer einheitlichen Bewegung zu vereinen. Die libanonesischen Arbeiterorganisationen sind heute in der "Libanonesischen Arbeiterbewegung" zusammengeschlossen.

Die palästinensischen Arbeiterorganisationen und Bauern Schichten auf der Basis ihrer gemeinsamen Interessen existieren schon länger. Daß solche gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Bauern nicht in notwendiger Maß stark-

fanden, liegt am Unvermögen der Arbeiterführer, sowohl sozialistische wie kommunistische, ein klares sozialistisches Programm zu erstellen und im Kampf um eine Arbeiter- und Bauernregierung eine klare Führung zu geben.

Die Arbeiterklasse hat schon oft ihre Bereitschaft gezeigt, für ihre Klasseninteressen zu kämpfen. 1972 und 1973 gab es in Beirut und Tripoli Generalstreiks und Demonstrationen, bei denen über 300 000 Arbeiter beteiligt waren: Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend sind für den Christen genauso schlimm wie für den Moslem.

Wenn die palästinensische Bewegung eine marxistische Führung hätte, könnten die christlichen Arbeiter von ihren korrupten Bossen weg zu einem Bündnis mit den ebenfalls unterdrückten moslemischen Kollegen gewonnen werden. Anders kann der Kapitalismus im Libanon nicht in die Knie gezwungen werden. Auf andere Weise kann es kein menschenwürdiges Leben für die Arbeiter und Bauern im Libanon geben. Ralf Barth

## dein erstes exemplar? abonniere!

NAME: .....

ADRESSE: .....